

## **GERHARD PFREUNDSCHUH**

# Kampf der Wirtschaftssysteme

4. Von der Sozialen Markt- zur Sozialen Volkswirtschaft

Heidelberg 2018
Copyright © 2018 Gerhard Pfreundschuh
Die einzelnen Abschnitte können kapitelweise und kostenlos als PDF-Dateien heruntergeladen werden.
Das Urheberrecht gilt insoweit, dass Zitate und Auszüge als solche gekennzeichnet werden müssen. Es ist also eine genaue Quellenangabe erforderlich.
Das Recht der Übersetzung in fremde Sprachen bleibt vorbehalten und beim Autor.
https://pfreundschuh-heidelberg.de/downloads/kdw/kampf-der-wirtschaftssysteme-kapitel-4.pdf

## Inhalt

4. Von der Sozialen Markt- zur Sozialen Volkswirtschaft	41
4.1 Neue Lage	42
4.2 Das Menschenbild	43
4.3 Die Rolle des Staates	45
4.4 Wurzeln des Wohlstands	51
4.5 Geld dient der Realwirtschaft	56
4.6 Fairer Freihandel nur unter Gleichen	58
4.7 Pyrrhus-Sieg der Finanzkapitalisten	59
4.7.1 Die Monetaristen (1970er)	59
4.7.2 EU-Binnenmarkt und Shareholder Value (1980er)	60
4.7.3 Globalisierung und Finanzkapitalismus (1990er)	62
4.7.4 Ende der Legende (2000er)	63
4.8 Politische Strategie	66
4.9 Operative Umsetzung	69
4.9.1 Sofortmaßnahmen	69
4.9.2 Von der Arbeits- zur Dualen Umschulungsagentur	70
4.9.3 Friedensdienst für alle	72

#### 4. Von der Sozialen Markt- zur Sozialen Volkswirtschaft

Wir überdenken noch einmal die neue Lage, die sich für Europa aus dem Kampf von angelsächsischem Finanzkapitalismus und chinesischem Staatskapitalismus ergibt. Die Lösung ist eine Soziale Volkswirtschaft, die mit beiden konkurrieren kann.

Dazu widmen wir uns der Fortentwicklung der Sozialen <u>Markt</u>wirtschaft zur Sozialen <u>Volks</u>wirtschaft, und zwar zuerst dem **Wirtschaftssystem**, dann seiner **Strategie**. <sup>121</sup>

Die Soziale Volkswirtschaft hat – wie schon die Soziale Marktwirtschaft deutscher Tradition – fünf wesentliche Besonderheiten bzw. Merkmale. Es sind:

- das Menschenbild,
- die Rolle des Staates,
- die Realwirtschaft als Wurzel des Wohlstands,
- Geld dient der Realwirtschaft,
- fairer Freihandel nur unter Gleichen (so schon Friedrich List<sup>122</sup>).

Wir haben damit eine grundsätzlich andere Wirtschaftsordnung vor uns als den Neoliberalismus bzw. Finanzkapitalismus oder den chinesischen Staatskapitalismus. Das ist dann eine Europäische Gemeinschaft, die sich von unten nach oben aufbaut.

#### Dabei sind die strategischen Ziele der Sozialen Volkswirtschaft:

- Sicherung des langfristigen Überlebens Europas, seiner Kultur und Nationen in Frieden und Freiheit bei angemessenem Wohlstand,
- Mittelstand für alle. 123
- Soziale Sicherheit durch Genossenschaftlichkeit,
- Weltfriede durch Wohlstand für alle Länder und friedliche Koexistenz der Kulturkreise.

Zur Erarbeitung strategischer und operativer Unterziele sind Denkzellen [Thinktanks] nötig, die "unabhängig von Firmen-Interessen" generalstabsmäßig technologische Entwicklungen und Schlüsselinnovationen abschätzen; wie wir es im Ansatz 1969 hatten (vgl. S. 66 ff). Dieser Beratungsstab oder wirtschaftspolitische Generalstab sollte überparteilich und ideologiefrei beim Bundespräsidenten angesiedelt sein. 124 Wie bei der Nato sollten die Stäbe der einzelnen europäischen Nationen in einem EU- bzw. EG-Stab zusammenarbeiten, um die Europastrategie zu entwickeln.

Zum Schluss folgen Vorschläge zur operativen Umsetzung.

 $<sup>^{121}</sup>$  Das System bzw. die Wirtschaftsordnung ist die "Aufbauorganisation". Die Strategie, Operation und Taktik gehören zur "Ablauforganisation".

<sup>&</sup>lt;sup>122</sup> Friedrich List (1789 - 1846), herausragender Volkswirt, Vorkämpfer für deutschen Zollverein und Freihandel. Er entwickelte auch die Idee eines "Nationalen Innovationssystems", was Ostasien bis heute beeinflusst.

<sup>&</sup>lt;sup>123</sup> Es ist die Fortentwicklung und gesellschaftliche Aufwertung des "Wohlstands für alle" von Ludwig Erhard.

Für BWL- und Bundeswehr-ferne Bürger: Stäbe beraten nur. Geführt wird durch die Linie, d.h. von demokratisch legitimierten Entscheidern, das sind politische Führungskräfte.

## 4.1 Neue Lage

Im 21. Jahrhundert erleben wir den Kampf um Arbeit und Technologien. Vor dem Markt kommt die Produktion. Die Wurzeln des Wohlstands sind Erfindungen und ihre Umsetzung in Neuerungen (Inventionen und Innovationen). Techniklücken mit gesättigten Märkten führen zu Arbeitslosigkeit und Armut.

Europa kann wie das Römische Reich um 500 n. Chr. überrannt und von außen übernommen werden, oder sich wie das erwachte China mit seinen eigenen Werten und Stärken neu aufrichten. "Weiter so" geht nicht. Nur mit Aufbruchstimmung und ungebremstem Willen zum Erfolg erhalten wir uns Freiheit und Wohlstand.

Die europäische Wirtschaft wird wie dargestellt aus zwei Richtungen angegriffen: Vom Neoliberalismus mit den Milliarden, ja Billionen aus der "Geldschöpfung ohne Wertschöpfung". Nun erleben wir die oben dargestellten Folgen (vgl. oben 2.3). Hinzu kommen die Gelder aus den Staatsfonds der Ölländer (Opec, Norwegen).

Der zweite Angriff kommt von China mit seinen großen Devisenreserven. Damit wird unsere Technologie aufgekauft. Chinesen wollen nicht Geld, sondern Wissen. Insoweit sind sie dem neoliberalen Finanzkapitalismus strategisch überlegen. Chinas klarer und einfacher Strategie, deren konsequenter operativer Umsetzung und der geschickten Taktik ist entschlossen entgegenzutreten. Der Wettlauf hat begonnen!

Doch wir haben ein drittes ungelöstes Problem: die Armutseinwanderung aus aller Welt. Dazu wird die Strategie "Wohlstand für alle Länder" und "friedliche Koexistenz der Kulturkreise" vorgeschlagen. Wir müssen an die Wurzeln der Armutseinwanderung. In den Herkunftsländern muss eine tragfähige Realwirtschaft aufgebaut werden. Für all diese Länder ist der 4. Chinesischen Hauptwiderspruch höchst aktuell: Beseitigung von Armut durch Überwindung von technischer Rückständigkeit, wozu wie in China auch die Geburtenbeherrschung gehört. Das kann nur mit neuen operativen Maßnahmen gelingen ("4.9.3 Friedensdienst für alle").

Unsere Ausganslage ist gar nicht schlecht, wenn wir die vorhandenen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft und unserer Technik aufgreifen und fortentwickeln. Wobei die Ursprünge der deutschen Volkswirtschaftslehre bis zur Historischen Schule Anfang des 19. Jahrhunderts zurückreichen. Wir wählen die Bezeichnung "Volkswirtschaft", weil es um die umfassende Versorgung des Volks mit Gütern, Diensten und Arbeit geht. Der Markt ist nur ein Teilbereich der Volkswirtschaft, die bei uns stets mit einem sozialen Auftrag verbunden war. Deshalb heißt der alte, 1873 gegründete deutsche Ökonomenverband noch heute "Verein für Socialpolitik". 125

<sup>&</sup>lt;sup>125</sup> Die Gründer des Vereins wollten nach den Worten des langjährigen Vorsitzenden (1890 - 1917) Gustav Schmoller (1838 – 1917) "auf der Grundlage der bestehenden Ordnung die unteren Klassen soweit heben, bilden und versöhnen, dass sie in Harmonie und Frieden sich in den Organismus einfügen".

#### 4.2 Das Menschenbild

"Verstand ohne Wille ist zwecklos. – Wille ohne Verstand ist gefährlich." Hans von Seeckt

Läuft die Welt und damit auch die menschliche Geschichte wie ein Uhrwerk ab? Und steuert alles die "unsichtbare Hand"? Ist der "Mensch nur eine komplizierte Maschine"<sup>126</sup> oder hat er einen freien Willen? Ist er mathematisch berechenbar wie der "homo oeconomicus" der Liberalen; oder ist er auch listig, unberechenbar wie nach Clausewitz der Feind?

Seit der Aufklärung, seit John Lock und David Hume geht das angelsächsische Menschenbild davon aus, dass der Mensch keine freien Willen hat und dass die Geschichte vorbestimmt (determiniert) ist. Also nicht wir, sondern die unsichtbare Hand steuert nach Naturgesetzen den Lauf der Dinge und (!) der Geschichte.

Die deutsche Sicht von Leibniz und Kant bis heute geht von einem freien Willen des Menschen aus. Damit tragen wir Verantwortung, müssen uns entscheiden. Auch die Wirtschaft wird von Menschen gesteuert; und der Staat muss gegen zu Mächtige und Egoisten das Wohl aller, den Nutzenausgleich, das "gemeine Beste"<sup>127</sup> durchsetzen.

Diese Fragen und Antworten sind heute hochaktuell. Die Hirnforscher und die Programmierer von Künstlicher Intelligenz (KI) stellen sie. Können bald Maschinen mit KI den Menschen ersetzen, ihn übertreffen und nutzlos machen? Sind wir dann wie Goethes Zauberlehrling dem Geschehen machtlos ausgeliefert?

Oder kommt es auf unseren Geist und Willen an, ob wir und unser Planet überleben? Brauchen wir Strategien mit Beurteilung der Lage und Entscheidungen?

Nach Erik Reinert, norwegischer Wirtschaftsprofessor der Uni Tallinn (Estland), liegt der "elementarste Unterschied zwischen der englischen und der deutschen Ökonomik in ihrer Sicht des menschlichen Verstandes". "Für John Lock (1632 - 1704) war dieser eine tabula rasa, mit der ein Mensch geboren wird und in die sich die Eindrücke im Laufe des Lebens **passiv** einprägen. Leibniz hingegen vertrat die Ansicht, der Mensch habe einen aktiven Verstand, der konstant seine Erfahrungen mit bestehenden Schemata vergleicht – ein edler wie **aktiver Geist**."<sup>128</sup>

Das Ganze geht noch einen wesentlichen Schritt weiter. Die führenden angelsächsischen Philosophen gingen und gehen davon aus, dass der Mensch

Anthony Kenny, Geschichte der abendländischen Philosophie, Darmstadt 2016, Band III (Neuzeit), S. 224
 Walter Merk, Der Gedanke des gemeinen Besten in der deutschen Staats- und Rechtsentwicklung,

Darmstadt (WBG) 1968

<sup>&</sup>lt;sup>128</sup> Erik Reinert, Warum manche Länder reich und andere arm sind – Wie der Westen seine Geschichte ignoriert und deshalb seine Weltmacht verliert, Stuttgart 2014, S. 43. Im Buch geht es vor allem um die deutsche Wirtschaftslehre und -geschichte. Im Vorwort schreibt Reinert: "An der Hochschule St. Gallen lernte ich im selben Jahr - 1970 - nicht nur die moderne Ökonomielehre, sondern auch die Reste der deutschen historischen Schule der Ökonomie …" S. IX)

keinen **freien Willen** hat. Das setzt sich im heutigen Behaviorismus fort. Vereinfacht ausgedrückt ist danach unser Hirn wie ein Hohlspiegel, der die von außen einfallenden Eindrücke verarbeitet und danach unser Verhalten (behavior) ausrichtet. Wir können auch sagen, das Hirn ist wie eine Schallplatte, die nur das abspielen kann, was vorher eingeritzt wurde. Unser Hirn arbeitet danach reaktiv, nicht aktiv.

Die entscheidende Folge ist dann, was schon David Hume (1711 – 1776) betont hat: Nicht nur unser Gehirn arbeitet ohne freien Willen wie eine Maschine, auch die Geschichte läuft wie ein Uhrwerk (Laplace). Das führt nahtlos zur "unsichtbaren Hand" von Adam Smith (1723 – 1790), die ohne unseren Willen die Wirtschaft ins Optimum steuert. Der gesamte Neoliberalismus beruht darauf, dass der Mensch als "homo oeconomicus" nur sein Eigeninteresse verfolgt und dadurch berechenbar ist.

Demgegenüber vertritt die deutsche Philosophie mit Leibniz (1646 – 1716) und Immanuel Kant (1724 – 1804) die Sicht eines aktiven Verstandes mit Verantwortung und freiem Willen. Aufklärung ist die Herausführung des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit (Kant). Wir sollen eigenverantwortlich denken, handeln.

Gründlich und – aus meiner Sicht – sehr überzeugend haben Karl Popper (1902 – 1994) und John Eccles (1903 - 1997) in ihrem Buch "Das Ich und sein Gehirn" den Behaviorismus kritisiert. Nach Popper und Eccles steuert das Ich mit seinem freien Willen unser Hirn. Wir tragen Verantwortung für unsere Entscheidungen, müssen Rechenschaft ablegen. Für vorsätzliches oder fahrlässiges Fehlverhalten werden wir bestraft. Darauf beruht unser ganzes Rechtssystem.

Dieses unterschiedliche Menschenbild hat Auswirkungen in vielen Lebensbereichen. So ist bei Carl von Clausewitz der Krieg ein Aufeinandertreffen von gegensätzlichen "Willen". Damit ist der Gegner nicht berechenbar. Er kann sich für uns unerwartet entscheiden und so die Schlacht gewinnen. Wir müssen spontan reagieren können.

Dazu passt der Ausspruch des Generaloberst Hans von Seeckt (1866 – 1936): "Verstand ohne Wille ist zwecklos, Wille ohne Verstand ist gefährlich." Dagegen hofften US-Generale, Kriege eher durch Netzplantechnik zu führen und zu gewinnen. Es wird im Voraus ein idealer Prozessablauf geplant, der spontane Entscheidungen einschränkt. Das führte zur **Befehlstaktik**. Man wartet, was oben entschieden wird.

Diesen Unterschied hat bis in die Einzelheiten der israelische Militärhistoriker und anerkannteste Militärexperte der Gegenwart, Martin van Creveld, herausgearbeitet. Im Auftrag des Pentagon (US-Verteidigungsministerium) war er Mitglied einer kleinen Expertengruppe, die nach dem verlorenen Vietnamkrieg untersuchen sollte, warum die deutsche Wehrmacht der US-Army an Kampfkraft so überlegen war.<sup>131</sup> Auch bei

<sup>130</sup> Karl Popper / John Eccles, Das Ich und sein Gehirn, München / Zürich 1982, "18. Radikaler Materialismus oder radikaler Behaviorismus", S. 88 ff – Popper war Philosoph, Eccles Neurologe.

 $<sup>^{129}</sup>$  Pierre Simon Laplace (1749 – 1827): ,Das System der Welt' (1796) und sein fünfbändiges Buch ,Die Mechanik des Himmels' (1799 – 1825). – Letzte Auflage: Cambridge University Press 2009

<sup>&</sup>lt;sup>131</sup> Martin van Creveld, Kampfkraft, Militärische Organisation und Leistung der deutschen und der amerikanischen Armeen 1939 bis 1945, Freiburg/Br. 1989, Graz 2005 (Original 1982 in den USA)

ihm ist ein entscheidender Unterschied, dass nach Clausewitz zwei freie und unabhängig denkende "Willen" aufeinandertreffen. 132 Danach sind Gefechte nicht planbar; es braucht spontane Entscheidungen. Die **Auftragstaktik** gibt ihnen Raum bis zum einzelnen Soldaten. Nur das Ziel, nicht der Weg zum Ziel wird vorgegeben.

Dieser unterschiedlichen Sicht des Menschen und seines Gehirns begegnen wir heute wieder in der **Hirnforschung** und bei der künstlichen Intelligenz. Damit ist diese Frage kein philosophischer Gelehrtenstreit, sondern für Wirtschaft und Fortschritt höchst aktuell. Ein Teil der Hirnforscher geht vom freien Willen aus, ein anderer hält ihn für eine Einbildung.<sup>133</sup>

Gleiches wird bei der **künstlichen Intelligenz** diskutiert. "Maschinen lernen, aber sie denken nicht", wie Sabine Bendiek, Vorsitzende von Microsoft Deutschland, gerade für die "KI" [Künstliche Intelligenz] erklärt: 'Diese Intelligenz unterscheidet sich ganz fundamental von der menschlichen Intelligenz. Maschinen denken nicht. Sie sind einfach in der Lage, aus großen Datenmengen Muster zu erkennen, Rückschlüsse zu ziehen und so zu lernen. Maschinen können lernen, aber ohne zu denken. … Entscheidend ist: Die Menschen müssen wissen, was die Maschinen tun, wie sie es tun und wie wir sie trainieren."<sup>134</sup> Fügen wir an: Entscheiden, das heißt "handeln unter Unsicherheit"; das kann nur der Mensch. Und nicht alle entscheiden gleich.

#### 4.3 Die Rolle des Staates

Wenn uns also nicht die "unsichtbare Hand" steuert, dann kommt es zur Frage nach der "Rolle des Staates" zur Durchsetzung des "Allgemeinwohls" gegenüber den Mächtigen und den reinen Egoisten.

Unabhängig vom Menschenbild war in Deutschland und weiten Teilen Kontinentaleuropas unbestritten, dass der Staat über der Wirtschaft steht, dass es den Vorrang oder den "Primat der Politik" gibt.

Dabei stand der Staat in drei Traditionen, die in Deutschland bis in die 1970er Jahre unangefochten, in Teilen bis heute gelten. Doch sie widersprechen sowohl der neoliberalen EU-Politik wie der neoliberalen Globalisierung (z.B. TTIP, TiSA<sup>135</sup>).

#### Das sind:

- die Wohlfahrtsstaatlichkeit,
- die Genossenschaftlichkeit.
- die Sozialstaatlichkeit.

<sup>&</sup>lt;sup>132</sup> Martin van Creveld, Kampfkraft, a.a.O., S. 49: "Von Clausewitz übernahm das deutsche Heer die Vorstellung, der Krieg sei ein Zusammenprall unabhängiger Willenskräfte und folglich durch Friktionen beherrscht."

<sup>&</sup>lt;sup>133</sup> Hans Günter Gassen, Das Gehirn, Darmstadt (WBG) 2008, "16. Der freie Wille", S. 141 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>134</sup> Interview in: VDI nachrichten, 21. 04. 2017 (VDI = Verein Deutscher Ingenieure)

<sup>&</sup>lt;sup>135</sup> TTIP (Transatlantisches Freihandels- und Investitionsabkommen), TiSA (Transatl. Dienstleistungsabkommen)

Wenn sich auch auf dem "Markt" Wille und Macht abspielen, die Großen und Mächtigen wie in freier Wildbahn einseitig ihren Vorteil durchsetzen können, dann stellen sich die Fragen nach dem **Allgemeinwohl, nach Recht und Gerechtigkeit, nach Ethik und Moral**. Und dann hat der Staat das gemeinsame Beste, also den Nutzenausgleich durchzusetzen. Es gilt auch hier der "Primat der Politik". <sup>136</sup>

Bei den Aufgaben des Staats im Bereich der Wirtschaft stoßen wir nun in der deutschen Volkswirtschaft auf drei unterschiedliche, sich ergänzende Traditionen:

- die Wohlfahrtsstaatlichkeit,
- die Genossenschaftlichkeit.
- die Sozialstaatlichkeit.

Alle drei Entwicklungen kennen wir alle. Denn sie sind bis heute in unserem Bankensystem abgebildet. Aus wohlfahrtsstaatlicher Tradition stammen die **Sparkassen**. Körperschaften des öffentlichen Rechtes (Landkreise, Städte) haben sie hoheitlich "zum Wohl für Land und Leute" gegründet.<sup>137</sup>

Gleich in seinem ersten Handelsblatt-Interview betonte der neue, aus Heidelberg kommende deutsche Sparkassenpräsident Helmut Schleweis: "Sparkassen haben eine öffentliche Rechtsform. Das heißt, sie haben Aufgaben für die Gemeinschaft zu erfüllen – unser Auftrag besteht nicht in Gewinnmaximierungen und Gewinnausschüttungen."<sup>138</sup>

Die **Genossenschaftsbanken**, also Volksbanken, Raiffeisenkassen, Handels- und Gewerbebanken u.ä., wurden auf Anregung von Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818 – 1888) und Hermann Schulze-Delitzsch (1808 - 1883) eigenverantwortlich und genossenschaftlich von Bauern oder Gewerbetreibenden gegründet. Genossen sind immer gleich, frei und schließen sich brüderlich zu gemeinsamen Zwecken zusammen. Genossenschaften sind uralte, urdemokratische Einrichtungen. <sup>139</sup>

Sozialstaatlich ausgerichtet waren die großen **deutschen Privatbanken** (Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank), solange sie Sachwalter der sog. "Deutschland AG" waren, sich "Land und Leuten" verpflichtet fühlten. Der Franzose Michel Albert hat dazu 1992 das Buch "Kapitalismus contra Kapitalismus" veröffentlicht. Er stellt den angelsächsischen dem deutschen Kapitalismus gegenüber und nennt letzteren "Rheinischen Kapitalismus". Er empfahl ihn für Europa. Denn er sei in drei Bereichen vorbildlich: 1. der sozialen Marktwirtschaft, 2. der Sozialstaatlichkeit und 3. bei der

<sup>&</sup>lt;sup>136</sup> Entsprechend hat Clausewitz den "Primat der Politik" gegenüber dem Militär klar und eindeutig gefordert.

<sup>&</sup>lt;sup>137</sup> Die Ursprünge gehen auf den absolutistischen Wohlfahrtsstaat ab 1500 zurück. Dazu bestens: Hans Maier (ehem. Bayer. Kultusminister, em. Uni-Prof.): Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre, Neuwied 1966 Die erste Sparkasse gründete Abt Anselm von Salem 1749. Hier wurden die Ersparnisse der Waisenkasse sicher aufbewahrt und gegen Zinsen mündelsicher ausgeliehen.

<sup>&</sup>lt;sup>138</sup> Handelsblatt, 22.02.2018, S. 27 Schleweis-Interview

<sup>&</sup>lt;sup>139</sup> Ein geschichtliches Beispiel ist die Hanse, dazu: Philippe Dollinger, Die Hanse, Stuttgart 1989 (französische Originalausgabe, Paris 1964), bis heute eines der besten Bücher zur norddeutschen Hanse, ihrer genossenschaftlichen Verfassung, ihrer Leistungen und geschichtlichen Bedeutung. (vgl. auch Otto von Gierke)

"Deutschland AG". Die deutschen Großbanken finanzierten die heimischen Großunternehmen und hielten deren Aktien. Das schützte sie vor dem Ausverkauf.<sup>140</sup>

Das ist das bewährte "3-Säulen-Modell" unseres Bankensystems. Wir vertiefen nun den Blick auf diese drei Entwicklungslinien über das Bankwesen hinaus. Und beginnen mit dem Versicherungswesen, das noch zum Finanzsektor gehört.

In allen deutschen Ländern waren die **Gebäudebrandversicherungen** bis in die 1990er Jahre wohlfahrtsstaatlich organisiert. Die Landesherren hatten für ihr Herrschaftsgebiet Umlageversicherungen eingerichtet. Alle Gebäude mussten versichert werden. Das waren sozusagen Sparkassen für Notfälle. Es gab eine feste Rücklage für Katastrophenjahre mit Unwettern oder Überschwemmungen. Im Übrigen wurden die Schäden des Vorjahres im laufenden Jahr auf alle Versicherten umgelegt. Das Ziel dieser Versicherung war, das Vermögen der Bürger zu erhalten und zu sichern. Schäden wurden daher großzügig reguliert. Gewinne gab es nicht.

Die EU hat diese "Monopole" verboten, weil sie staatlich und damit böse waren. Außerdem waren sie Zwangsversicherungen in einem bestimmten Gebiet und damit Monopolunternehmen. Eigentlich müssten all unsere Sozialversicherung (Kranken-, Renten-, Unfall-, Pflegeversicherungen) auch verboten werden. Denn sie passen nicht ins neoliberale Modell, wie der Kampf um Obama-Care in den USA zeigte.

Doch die Privatisierung war nicht zum Vorteil der Kunden. Als Beispiel können wir die Allianz-Versicherung nehmen. Sie gehörte früher auch zur Deutschland AG, ist dann ab 1990 ff. umgestiegen und heute ein globales Finanz- und Investmentinstitut. Ihr kommt es nun vor allem darauf an, Gewinne zu maximieren und zu wachsen. So können wir oft lesen, dass die Kriegskasse der Allianz gut gefüllt ist, um Übernahmen zu schultern und jetzt auch im Bankgeschäft weltweit zu wachsen. Diesem Ziel dienen vor allem die Einnahmen aus den Versicherungsprämien. Die Schäden der Kunden, die bezahlt werden müssen, stören, weil sie den Gewinn schmälern und das oberste Ziel, die Gewinnmaximierung und den Shareholder Value, beeinträchtigen.

Die große "Bayerische Versicherungskammer" u.a. wurden im Sparkassenverbund Versicherungsanstalten des öffentlichen Rechts, aber ohne Monopol. König Max I. hatte sie 1811 gegründet. Auf der aktuellen Web-Seite heißt es:

"Weil ihm der Schutz der Menschen am Herzen lag, gründete König Max I. vor mehr als 200 Jahren eine Versicherung. Dieser königliche Schutzauftrag und die damit verbundene besondere Fürsorge sind für uns bis heute Überzeugung und Verpflichtung. Anders als bei börsennotierten Unternehmen gilt unsere Aufmerksamkeit primär den Kunden und ihrem Wohlergehen. Das hat uns nicht nur **zum größten öffentlichen Versicherer**, sondern auch zu einem der 10 größten Erstversicherer in Deutschland gemacht."

47

<sup>&</sup>lt;sup>140</sup> Michel Albert, Kapitalismus contra Kapitalismus, Frankfurt/M 1992, z.B. S. 110 ff. (Kapitalismus der Banken) Banker und Unternehmer kannten sich (z.B. als Aufsichtsräte). Bekannt und vertraut wurde die Deutschland AG gemeinsam gelotst. Die heimischen Lotsen gingen von Bord, die auswärtigen Investoren greifen nach dem Steuer. (vgl. Bismarck-Karikatur: Der Lotse geht von Bord, britische Satirezeitschrift Punch vom 29.03.1890)

Die **Genossenschaftlichkeit** braucht keinen Landesherrn, wie die Schweizer Eidgenossen seit eh und je zeigen. In diesem Gemeinwesen herrscht nicht die Überund Unterordnung, sondern die Selbstorganisation. Daher ist ein Bürgerstaat die höchste Form der Selbstorganisation eines Gemeinwesens, d.h. der Bürgerschaft. Gleiche und freie Bürger schließen sich brüderlich zu einer Genossenschaft oder gar zu einem Staat zusammen. Das sind die jahrhundertealten Ziele *Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.* – Viele genossenschaftliche Unternehmen (eGmbH) und die R+V Versicherung (Raiffeisen- und Volksbanken Versicherung) gibt es in Deutschland.<sup>141</sup> Genossenschaften sind seit 2016 UNESCO-Weltkulturerbe.

Stark ist unser Handwerk von genossenschaftlicher Überlieferung geprägt. Dazu gehören die dualen Ausbildung, das Meisterprivileg und der gerade im Vergleich zu den USA und England hohe Qualitätsstandard. Senger zeigt, wie die Tugenden Genauigkeit und Gründlichkeit einen Chinesen beeindruckten: "Jetzt verstand ich, warum ein vor über 130 Jahren hergestellter deutscher Elektromotor bis auf den heutigen Tag funktioniert."<sup>142</sup> Koydl vergleicht Schweizer mit US-Handwerkern.<sup>143</sup>

An unserem Meisterprivileg mit dualer Ausbildung, Gesellen- und Meisterbrief rüttelt die EU ebenfalls. Dabei gelten sie weltweit als Erfolgsmodell.

Aus wohlfahrtsstaatlichen und genossenschaftlichen Wurzeln ist der deutsche **Sozialstaat** entstanden. Gemeinhin wird sein Beginn auf die Kaiserliche Botschaft von 1881 zurückgeführt. Darin wurden ebenfalls staatliche Versicherungen, nämlich die Gründung einer Unfall-, Kranken- und Altersversicherung für die Arbeiter durch Bismarck verkündet. Er hatte zuvor sogar mit dem Sozialistenführer Ferdinand Lassalle (1825 – 1864) Kontakt aufgenommen und sich heimlich getroffen.

Lassalle hat die Genossenschaftsidee in die deutsche Arbeiterbewegung hineingetragen, was nicht ohne heftige Widerstände ablief. Gustav Radbruch (1878 – 1949), deutscher Politiker (SPD), Rechtswissenschaftler und Rechtsphilosoph, hat es so zusammengefasst:

"Der neue Sozialismus hat eine Wendung vollzogen von der Staatsnegation zur Staatsbejahung, von Marx zu Lassalle, und gerade das trennt ihn am Entschiedensten vom Kommunismus."<sup>144</sup>

Bismarck und Lassalle verband vor allem ihre Gegnerschaft zum liberalen "Nachtwächterstaat". Den Begriff prägte Lassalle 1862 im "Arbeiterprogramm".

<sup>&</sup>lt;sup>141</sup> eGmbH = eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Zum Genossenschaftswesen vergleiche auch: https://www.dgrv.de/de/genossenschaftswesen.html

<sup>&</sup>lt;sup>142</sup> Harro von Senger, Supraplanung, a.a.O., S. 220; vgl. auch: Rudolf Stadelmann und Wolfram Fischer, Die Bildungswelt des deutschen Handwerkers um 1800, Berlin 1955

<sup>&</sup>lt;sup>143</sup> Wolfgang Koydl, Die Besserkönner, Was die Schweiz so besonders macht, Zürich, 2014, S. 93 ff. Die Schweizer Güte führt auch er auf die Zunft-Traditionen zurück.

<sup>&</sup>lt;sup>144</sup> Gustav Radbruch, Einführung in die Rechtswissenschaft, Leipzig 1925. Radbruch hatte während der NS-Zeit Lehrverbot. Er war der Doktorvater meines Vaters.

Bismarcks Sozialversicherungen haben übrigens im saarländischen Bergbau Vorbilder, die ebenfalls auf genossenschaftliche Ideen zurückgingen. Sie wurden dann wohlfahrtsstaatlich vom Landesherrn unterstützt und abgesichert. Es gab Versicherungskassen und Programme zum Bau von Bergarbeitersiedlungen.<sup>145</sup>

Zum Verständnis ist wichtig, dass genossenschaftliche und wohlfahrtsstaatliche Traditionen im 19. Jahrhundert in der Selbstverwaltung der Gemeinden und Städte mit ihren **kommunalen Unternehmen** überlebten. Hier wurde die uralte ständische Autonomie der örtlichen Körperschaften (Korporationen) weiterentwickelt. Baden war führend, für Bayern hat Theo Herzog am Beispiel von Landshut die Entwicklung gut nachgezeichnet. <sup>146</sup> Im Norden wirkten die Reformen des Freiherrn vom Stein.

Alle Grundversorgungen, also die lebensnotwendige Infrastruktur, schufen die Gemeinden. Das reicht von Brunnen, Straßen und Wegen über die Wasser-, Stromund Gasversorgung (Stadtwerke), Krankenhäuser, Friedhöfe bis zu Kindergärten und Schulen, die früher gemeindlich waren. Später kam der kommunale Wohnungsbau hinzu, der auch genossenschaftlich betrieben wurde (Baugenossenschaften).

Volksbegehren verhinderten in jüngster Zeit nicht immer, aber öfter den Verkauf von städtischen Wohnungen (z.B. Heidelberg). Heute jammern plötzlich die Parteipolitiker über Wohnungsnot und hohe Mieten. Mit Preisbremsen wollen sie nun ihr sozialpolitisches Versagen privatisieren.

Organisch war früher auch das Wachstum der Kommunalunternehmen in größere Einheiten. Die Stromerzeugung wurde Zug um Zug auf staatlich-kommunale übertragen (z.B. Gemeinschaftsunternehmen Badenwerk, Energieversorgung zusammengeschlossen zu **EnBW** usw.). lm Rahmen Schwaben, Privatisierungswahns verkaufte das Land Baden-Württemberg seine EnBW-Aktien an den staatlich beherrschten (!) französischen Stromkonzern Électricité de France (EDF), um sie später wieder teuer zurückzukaufen.

Heute erkennen viele Städte, dass ihre umfangreichen Privatisierungen grundfalsch waren (Pforzheim u.a.). Die "Re-Kommunalisierung" ist derzeit ein großes Thema.<sup>147</sup> In Entwicklungsländern ist für Nestlé der Kauf von Quellen und der Verkauf des Wassers in Flaschen eine glänzende neoliberale Gewinnmaschine – zum Nachteil der Bevölkerung. Wasser sei eine Ware wie jede andere, meint Nestlé.<sup>148</sup>

Auch unser kostenloses **Bildungs- und Ausbildungssystem** geht auf diese beiden Ursprünge zurück. Wenn bei uns eine junge Frau Krankenschwester werden will,

-

<sup>&</sup>lt;sup>145</sup> Ernst Klein, Der Staat als Unternehmer im saarländischen Steinkohlenbergbau (1750 – 1855), in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 57, 1970, S. 323 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>146</sup> Theo Herzog, Landshut im XIX. Jahrhundert, Landshut 1969 – Theo Herzog war Stadtarchivar und der Vater von Bundespräsident Roman Herzog.

<sup>&</sup>lt;sup>147</sup> Vgl. Speyerer Kommunaltage: Rekommunalisierung der Versorgungsaufgaben, 07. bis 08.10.2010 Wie zu erwarten ist die Monopolkommission im Sinne des Neoliberalismus und Interesse des Finanzkapitals gegen Rekommunalisierung und für Privatisierungen sogar der Wasserversorgung, vgl. z.B.: <a href="http://www.udo-leuschner.de/energie-chronik/140712.htm">http://www.udo-leuschner.de/energie-chronik/140712.htm</a>

<sup>&</sup>lt;sup>148</sup> z.B. Der Stern, online, 02.06.2017

beginnt sie eine Lehre und bekommt eine Ausbildungsvergütung. Kostenlos besucht sie die dazu gehörige Berufsschule. Ganz anders ist es in den USA. Dort muss die junge Frau eine private Ausbildungseinrichtung besuchen und hat am Ende der Berufsausbildung oft 30.000 US-\$ Schulden. Viele, und zwar die besseren Teile des amerikanischen und englischen Aus- und Bildungssystems sind privatwirtschaftlich organisiert und sehr teuer. Das gilt auch für Schulen und Universitäten.

Das hat sich inzwischen sogar bis Indien herumgesprochen. So heißt es in den "Informationen zur politischen Bildung": "Da sich die Studiengebühren an USamerikanischen und britischen Universitäten pro Jahr auf ein Mehrfaches des durchschnittlichen Jahreseinkommens indischer Mittelschichtangehöriger belaufen, erscheint ein Studium in Deutschland vielen als erschwinglicher Weg zu einer internationalen Qualifikation. Zweitens bietet Deutschland zahlreiche Aufbaustudiengänge in englischer Sprache an."

Es ist besonders ärgerlich und falsch, dass die **Europäische Union** für all diese deutschen Traditionen und Einrichtungen keinerlei Verständnis hat. Sie werden bekämpft und gemäß neoliberaler Ideologie verboten. Als die EU die kommunalen Wasserversorgungen privatisieren wollte, kam es zu einem Sturm der Entrüstung.

Auch die Sparkassen und Volksbanken wollte die EU vor der großen Finanzkrise von 2007 privatisieren, d.h. für private Investoren öffnen. Als beide viel besser als die großen Privat- und Investmentbanken die Finanzkrise überstanden, wurde der Vorstoß vorläufig (?) aufgegeben. So sind sie noch dem Zugriff der "Welt-Investoren" entzogen. Nun soll der genossenschaftliche Einzelhandel (wie Rewe, Edeka) geschlachtet werden. Das EU-Parlament wird zur Lobby der Handelsriesen.<sup>150</sup>

Dazu sagte Konfuzius (~ 551 – 479 v. Chr.): "Der Gewöhnliche macht alles gleich, aber er harmonisiert nicht. Der Edle harmonisiert, aber er macht nicht alles gleich."

Wir hatten seit 1834 einen Deutschen Zollverein und seit 1871 im Deutschen Reich einen vollen Binnenmarkt mit all den dargestellten Besonderheiten. Er funktionierte besser, sozialer als der EU-Binnenmarkt mit seinen großen neoliberalen Schwächen.

Die EU würgt alle genossenschaftlichen, wohlfahrts- und sozialstaatlichen Gestaltungsräume ab. 151 Diese Rechtsformen waren dem Zugriff von Hedgefonds, Großgeldbesitzern und Finanzkapitalisten entzogen. Und das Geld, das unsere Wirtschaft zum organischen Wachstum brauchte, konnte die Deutsche Bundesbank selber drucken. – Wir brauchen eine "Europäische Gemeinschaft", aber keine zentralistische und neoliberale "Europäische Union", die alles (de-)reguliert, um dem Welt-Finanz- und dem chinesischen Staatskapitalismus Tür und Tor zu öffnen.

<sup>150</sup> Handelsblatt, 16.10.2018: "EU-Parlament will Rewe und Edeka zerschlagen – Die Abgeordneten greifen das Geschäftsmodell der Genossenschaften an. Doch jetzt will Österreichs Regierung das Schlimmste verhindern." Angeblich sollen die Bauern geschützt werden. Wer schützt sie vor Aldi, der Schwarzgruppe u.a.? – So nicht!

50

<sup>&</sup>lt;sup>149</sup> Informationen zur politischen Bildung, hgg. Bundeszentrale für politische Bildung, Nr. 335, 4/2017, S. 28 "Was zieht indische Studierende nach Deutschland?"

<sup>&</sup>lt;sup>151</sup> Wozu brauchen wir National-, Landes- und Kommunalparlamente? Da genügen doch einige EU-Kommissare.

#### 4.4 Wurzeln des Wohlstands

"Wer nichts hat und nichts kann, braucht nicht auf den Markt." G. Pfreundschuh

Neoliberale haben nur den Markt und seine Steuerung über Geld (Monetaristen) oder Schulden (Keynesianer) im Blick. Dann wird alles gut, sogar bestens, meinen sie.

Doch vor der Vermarktung steht die Erzeugung. "Wer nichts hat und nichts kann, braucht nicht auf den Markt." Der Markt ist nur ein Mittel zur Verteilung der Güter und Dienste. Ziel ist die Bedarfsdeckung der Bürger. Im Ideal- und Sonderfall eines "vollkommenen Marktes" steuert gemäß Adam Smith die Nachfrage der Kunden die Erzeugung von Waren und die Bereitstellung von Diensten. 152

Smith kannte vor allem den Fortschritt durch Arbeitsteilung in Manufakturen.<sup>153</sup> Den Fortschritt durch Technik und Erfindungen thematisiert er noch nicht. Denn der Siegeszug der Dampfmaschine und damit der Technik kam erst nach der Veröffentlichung seines Buchs vom "Wohlstand der Nationen".

Die "Wurzeln des Wohlstands" sind Arbeit, nützliche Erfindungen und begehrte Neuerungen, neudeutsch Invention und Innovation. "Alles Leben ist Problemlösen." (Karl Popper) Dazu brauchen wir Verstand und Willenskraft.

Nicht einmal Rohstoffe allein wie Gas und Öl (Nigeria), Gold und Silber (Südamerika) garantieren den Bürgern Arbeit und Wohlstand. Denn es kommt zwar Geld; aber die "unsichtbare Hand" läßt es oft nach oben und außen abfließen, verschwinden.

Unsere Erkenntnis heißt: **Wissen und Können** sind die Wurzeln des Wohlstands. Erfinder und Tüftler, zupackende Arbeiter, weitsichtige Unternehmer und Wirtschaftspolitiker öffnen das Tor zu Erfolg und Wohlstand. Händler allein schaffen es nicht.

Das veranschaulicht beispielsweise das folgende Schaubild mit den Kondratjew-Zyklen. Nikolai Kondratjew war ein russischer Wirtschaftswissenschaftler (1892 – 1938, hingerichtet unter Stalin). Der herausragende österreichische Ökonom Joseph Schumpeter, hat die Zyklen bekannt gemacht und prägte ein Jahr nach Kondratjews Tod den Begriff der Kondratjew-Zyklen für diese langen Wellen. 155

<sup>&</sup>lt;sup>152</sup> In "vollkommenen Märkten" sind alle Marktteilnehmer so klein, dass sie machtlos sind. Niemand kann die Preise, Angebote oder Nachfrage steuern. Das Gegenteil sind "vermachtete Märkte", in denen Mono- oder Oligopole und heute vor allem Finanzkapitalisten oder Staatskapitalisten die Märkte beherrschen.

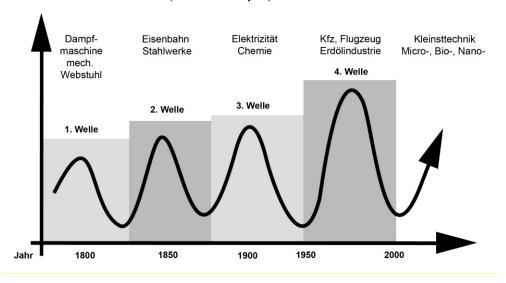
<sup>&</sup>lt;sup>153</sup> Sein Paradebeispiel ist die stumpfsinnige, äußerst flinke Herstellung von Steckadeln in Manufakturen, Adam Smith, a.a.O., S. 10

<sup>&</sup>lt;sup>154</sup> Kurzdarstellung: Lisa Nienhaus, Der Herr der Zyklen, Serie 'Die Weltverbesserer', FAZ 25.09.2013 <a href="http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftswissen/die-weltverbesserer/nikolaj-kondratjew-der-herr-der-zyklen-12584829-p2.html">http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftswissen/die-weltverbesserer/nikolaj-kondratjew-der-herr-der-zyklen-12584829-p2.html</a>

<sup>&</sup>lt;sup>155</sup> Sie wurden Konjunkturwellen genannt. Heute wird die konjunkturelle von der strukturellen Arbeitslosigkeit unterschieden. Die Kondratjew-Zyklen zeigen tiefgreifende strukturelle Änderungen durch Basisinnovationen.

#### Wachstumswellen

(nach Kondratjew)



Wir sehen wie im Lauf der Wirtschaftsgeschichte seit Beginn der Industrialisierung (Erfindung der Dampfmaschine 1769) technische Erfindungen und Neuerungen das Wachstum antrieben. Stets ist damit ein Anstieg der Beschäftigung verbunden. Geld für Investitionen dient dazu, Fabriken zu bauen, Arbeitsplätze zu schaffen und Arbeitnehmer einzustellen. Nach einiger Zeit, wenn der Höhepunkt erreicht ist, beginnt die Rationalisierung. Arbeitskräftesparende Maschinen werden erfunden, die weniger Arbeiter benötigen, aber mehr und schneller produzieren (z.B. mechanischer Webstuhl). Der Arbeitsmarkt schrumpft, Bis es zu neuen Basisinnovationen (z. B. Eisenbahn, Eisen- und Stahlindustrie) kommt. Dann erfolgt ein neuer Investitionsschub mit neuen Erzeugnissen und Arbeitsplätzen.

Für das langfristige Überleben bei angemessenem Wohlstand ist daher erforderlich, dass diese Begabungen und Tugenden nicht erlahmen. Denn hier stehen wir vor einer Falle, die die Arbeitslosigkeit verursacht: die **Techniklücke**. Einen richtigen Ansatz finden wir bei dem gar nicht so bekannten Wirtschaftswissenschaftler Hanns-Joachim Rüstow. Seine Kernaussage ist vereinfacht ausgedrückt: "Es gibt zwei Arten von Erfindungen und daraus folgende Investitionen. Es werden (1.) ständig neue Maschinen erfunden, die Arbeitskräfte einsparen. Diese Rationalisierungen können nur ausgeglichen werden, wenn (2.) im gleichen Umfang neue Arbeitsplätze durch Erweiterungsinvestitionen aufgrund von Basisinnovationen geschaffen werden.

**Gesättigte Märkte** rationalisieren und bauen Arbeitskräfte ab. Da helfen auch nicht die Theorien von Angebot und Nachfrage mit Geldschwemme, niedrigen Zinsen oder Staatsverschuldungen. Wenn die Leute alles haben, was sie brauchen, dann kaufen

<sup>156</sup> Eine entsprechende Reform unseres Schul- und Bildungssystems ist dazu ein weiteres großes Aufgabenfeld.

<sup>&</sup>lt;sup>157</sup> Nicht zu verwechseln mit Alexander Rüstow, dem bekannten Ordoliberalen.

Hanns-Joachim Rüstow, Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Unternehmergewinns, Eine Differentialgewinn-Theorie, in: Der Mensch im sozioökonomischen Prozess, Festschrift für Wilfried Schreiber, hgg. v. Greiß, Franz u.a., Berlin 1969, S. 165 ff

sie nicht mehr. Es ist nicht nachhaltig, wenn dann der Kreislauf durch schlechte Qualität, Verschleiß und Verschwendung in Gang gehalten wird. Das ist unzeitgemäß, weil es die Umwelt zerstört, Rohstoffe verschwendet. Nur neue Techniken schaffen neue Arbeitsplätze. Basisinnovationen führen zu den größten Erweiterungsinvestitionen. Die Aufgabe heißt: umweltverträgliches Wachstum!

Deutschland legte immer großen Wert auf Forschung und Entwicklung (F & E). Es besitzt aus staatlicher Tradition etwas, das außer Holland kein anderes europäisches Land hat: große **Forschungseinrichtungen**. Das ist die *Max-Planck-Gesellschaft*, die Kaiser Wilhelm II. gründete und bis 1948 "Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft" hieß. Sie hatte 23.000 Mitarbeiter (2017) und 1,8 Mrd. Euro Haushaltsmittel (ohne Drittmittel). Weiter sind es die *Fraunhofer-Gesellschaft* (24.000 Beschäftigte; 2,1 Milliarden Euro Forschungsvolumen, 2015), die "*Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V."* mit 24.000 Mitarbeitern (2014) und einem Haushalt von 3,1 Milliarden Euro (2016).

Schließlich gibt es die 1949 gegründete "Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e.V." Sie ist Träger von 88 großen außeruniversitären Instituten und Dienstleistungen für die Forschung. Als Träger bündelt sie rund 18.000 Mitarbeiter bei einem Haushaltsvolumen von 1,64 Milliarden Euro. Leibniz-Institute werden in der Regel zu 50 % vom Bund und zu 50 % durch Landesmittel finanziert. Aufgabe ist "Grundlagenforschung mit Anwendungsnähe". Die jüngste Einrichtung ist die für den ersten Kernreaktor in Karlsruhe gegründete "Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e.V." (1958). Sie ist ein Mitgliederverbund von 18 unabhängigen naturwissenschaftlich-technischen und biologisch-medizinischen Forschungszentren mit rund 37.000 Beschäftigten und einem Haushalt von 3,99 Milliarden Euro (2015).

Nur die Niederländer haben mit der "Niederländischen Organisation für Angewandte Naturwissenschaftliche Forschung" (TNO, gegr. 1932) eine ähnliche Einrichtung. Sie ist mit 3.900 Mitarbeitern und einer Bilanzsumme von 600 Mio. Euro (2012) mit unseren Forschungsgesellschaften vergleichbar.

Doch wir haben eine **Lücke** bei **Einrichtungen für den Mittelstand**. Denn die genannten Institute werden vor allem von der Großindustrie genutzt und beschäftigen sich mit deren Aufgaben. Zu Recht ist daher in den VDI-nachrichten zu lesen: "Aufschrei in der Forschungslandschaft: Viele kleine und mittlere Unternehmen brauchen für Forschungsvorhaben externe Partner. Doch der Wettbewerb unter den außeruniversitären Einrichtungen ist verzerrt. Die Politik bevorzuge die Großen, so die Kleinen."<sup>158</sup> Das widerspricht wohlfahrtsstaatlichen Grundsätzen. Die lebenswichtigen Kleinen sind besonders zu fördern, nicht zu benachteiligen.

Der Aufschrei kommt von der erst 2015 gegründeten "Zuse-Gemeinschaft" (Deutsche Industrieforschungsgemeinschaft Konrad Zuse). Hier haben sich gemeinnützige, mittelständisch geprägte Forschungsinstitute zusammengeschlossen. Es sind knapp 70 Institute mit rund 5.000 Wissenschaftlern. Sie legen den Finger in die Wunde: "In

<sup>&</sup>lt;sup>158</sup> VDI-nachrichten, 29. 01. 2016 (VDI = Verein Deutscher Ingenieure)

<sup>&</sup>lt;sup>159</sup> Konrad Zuse, Computerpionier und Erfinder des ersten brauchbaren elektronischen Rechners

der deutschen Forschungslandschaft zeichnet sich ein Kampf David gegen Goliath ab. Die gemeinnützigen mittelständig geprägten Institute begehren gegen die außeruniversitären Großforschungseinrichtungen wie Helmholtz und Leibniz auf."

Es geht um die industrienahe F&E für KMU.<sup>160</sup> Diese sei finanziell und strukturell benachteiligt. Zuse-Institute bekommen nur fallweise bescheidene Landeszuschüsse. Da viele KMU in strukturschwachen Gebieten liegen, wird der ländliche Raum, die Fläche benachteiligt.<sup>161</sup> Im Vergleich zu den Haushaltsmitteln von Fraunhofer über Helmholtz bis Leibniz sind die Forderungen der Zuse-Gemeinschaft bescheiden: Nur 50 Mio. Euro jährlich möchten sie als verlässliche Infrastrukturförderung. Darüber hinaus beklagen sie, dass sie von den meisten staatlichen Förderprogrammen ausgeschlossen sind.<sup>162</sup>

Hier gibt es noch ein parteipolitisches Problem. **Umweltschützer** sind leider oft technikfeindlich. Sie meinen, mehr Technik zerstöre unsere Umwelt. Das Gegenteil sollte der Fall sein. Wir brauchen mehr, aber bessere Forschung, Entwicklung und Technik. Wir dürfen nicht mehr in die Masse, sondern in die Klasse, nicht in Quantität, sondern in Qualität forschen, entwickeln und produzieren.

Wenn nur China seine Ziele erreicht und westlichen Wohlstand erlangt, brauchen wir mit der bisherigen Technik nach groben Schätzungen die Ressourcen von fünf Erdkugeln. Wir haben aber nur eine. Erst seit 250 Jahren, seit der Erfindung der Dampfmaschine, gibt es das technische Zeitalter. Auf die Geschichte bezogen ist das nur ein Wimpernschlag. Wir befinden uns noch in der Ur- oder Steinzeit unserer Technik. Sie stinkt, kracht und verpestet die Umwelt. Unser strategisches Ziel muss sein, diese menschliche Kultur samt Technik mit der Natur zu versöhnen und in Einklang zu bringen.

Dazu dürfen wir nicht auf die "unsichtbare Hand" warten, sondern müssen politischstrategisch handeln. Die "unsichtbare Hand" mit ihrem eigensüchtigen "homo oeconomicus" führt uns auf den Holzweg.

Eine kleine, eindrucksvolle Schrift der Industrie- und Handelskammern Baden-Württembergs heißt "Wurzeln des Wohlstands". Sie zeigt uns Erfinder wie Benz und Bosch, Daimler und viele Mittelständler samt ihren Werken. 164 Von der Realwirtschaft, nicht von der Geldwirtschaft wird darin berichtet.

Hans-Werner Sinn, den ich sonst überaus schätze, steckt hier ganz in der neoliberalen Denkschule. Im Buch "Ist Deutschland noch zu retten?" schreibt er:

<sup>161</sup> Ein bürgerstaatlicher Grundsatz heißt: "Entflechten statt verdichten." – Wohlstand überall im Land!

<sup>&</sup>lt;sup>160</sup> F & E = Forschung und Entwicklung; KMU = Kleine und mittlere Unternehmen

<sup>&</sup>lt;sup>162</sup> VDI-nachrichten, 29. 01. 2016; mehr: G. Pfreundschuh, Soziale Volkswirtschaft., "5.2 Forschung & Entwicklung für KMU und AG", S. 127 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>163</sup> Harro von Senger, Supraplanung, a.a.O., S. 198, 283 (F. 4: Braucht Indien drei und China fünf Erdkugeln?)

<sup>&</sup>lt;sup>164</sup> Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Baden-Württemberg (Hg.), Wurzeln des Wohlstands, Bilder und Dokumente südwestdeutscher Wirtschaftsgeschichte, Stuttgart 1984

"Wir Deutschen neigen dazu, Handelsgewinne eher herabzuwürdigen und lassen nicht zu, dass sie auf die gleiche Stufe wie die unmittelbaren Früchte fleißiger menschlicher Arbeit gestellt werden. Das sind Reste überkommener Ideologien, die sich in der Nazizeit und auch schon vorher in unseren Köpfen eingenistet haben. Aber Handelsgewinne sind die Quelle des menschlichen Wohlstands an sich. Die Erfindung der Märkte, auf denen Waren getauscht werden konnten, war wahrscheinlich die größte kulturelle Leistung der Menschheit."<sup>165</sup>

Erik Reinert weist wie andere nach, dass die Bevorzugung der Realwirtschaft eine alte, keineswegs nationalsozialistische Tradition der deutschen Volkswirtschaftslehre ist. 166 Außerdem überrascht, dass die Märkte die größte Erfindung der Menschheit sein sollen. Schon Schimpansen können tauschen. Sie können auf drei zählen und viel von wenig unterscheiden. Sie können sogar trainiert werden, mit Menschen zu tauschen. Wenn dann plötzlich der Tausch zu ihren Ungunsten geändert wird, dann machen sie ein großes Affentheater. Den Tausch gab es schon immer, er ist keineswegs die größte kulturelle Leistung der Menschheit.

Wer unsere wirtschaftlichen und auch kulturellen Leistungen genauer betrachten will, der sollte auch zum Buch von Hermann Simon greifen: "Hidden Champions des 21. Jahrhunderts, die Erfolgsstrategien unbekannter Weltmarktführer". Innovative Mittelständler sind eine Grundlage unseres Wirtschaft- und Exporterfolges. Nicht Geld und Schulden, sondern Einfallsreichtum und Erfindungen, fleißige menschliche Arbeit tragen die Früchte, mit denen wir Wohlstand ernten.

Das erkennt heute sogar unsere Wirtschaftspresse. Ein Titelbild des Magazins "Wirtschaftswoche" zeigte ein Schwarzwaldmaidle mit Bollenhut, wobei die Bollen sich bei näherem Hinsehen als rote Zahnräder der Fischertechnik entpuppen. Und die Titelüberschrift lautet: "Darum beneidet uns die Welt – die Erfolgsformeln der Weltmarktführer aus der Provinz". <sup>168</sup>

Zeitgemäße Wirtschaftspolitik ist vor allem "Wirtschaftspolitik für den Mittelstand" mit Schutz gegen Oligopole und Monopole. Das war bereits ein Grundanliegen der sozialen Marktwirtschaftler, weil auch nur so der technische und der wirtschaftliche Wettbewerb erhalten bleiben.<sup>169</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>165</sup> Hans-Werner Sinn, 1st Deutschland noch zu retten? München 2004, S. 86

<sup>&</sup>lt;sup>166</sup> Erik Reinert, a.a.O., Dieser Gedanke durchzieht das ganze Buch.

<sup>&</sup>lt;sup>167</sup> Hermann Simon, Hidden Champions des 21. Jahrhunderts, die Erfolgsstrategien unbekannter Weltmarktführer, Frankfurt / M. 2007

<sup>&</sup>lt;sup>168</sup> Wirtschaftswoche, 27. 01. 2012

<sup>&</sup>lt;sup>169</sup> Vgl. z.B. Wilhelm Röpke, Civitas Humana, Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform, Genf 1943, neue Aufl. Bern 1979

#### 4.5 Geld dient der Realwirtschaft

Geld kann man nicht essen. Geld kann nie ein Ziel, nur eine Mittel zur Versorgung der Bürger mit Waren und Diensten, zum "Wohlstand und Mittelstand für alle" sein.

Als Geld noch Gold war, konnte es die Geldfunktionen (1.) Tauschmittel, (2.) Wertaufbewahrungsmittel und (3.) Recheneinheit überzeugend erfüllen. Im vollkommenen, nicht vermachteten Markt ist es für die Bürger sogar (4.) ein Abstimmungsmittel. Mit ihren Kaufentscheidungen bestimmen sie letztlich, welche Waren hergestellt werden. Die Wirtschaft wird dann im Gegensatz zur zentralen Planwirtschaft von unten durch die Kunden gesteuert.

Verwandelt sich die Realwirtschaft zur Finanzmarktwirtschaft, dann drehen sich die Verhältnisse um. Die Wirtschaft wird wie gezeigt von oben und außen gesteuert. Das Finanzkapital bestimmt das Geschehen, übernimmt die Macht und allen Reichtum; es gilt eben nur Shareholder Value. Die bürgerliche wird zur Massen-Gesellschaft.

Die Soziale Marktwirtschaft von Wilhelm Röpke bis Ludwig Erhard will genau das nicht. Mehr Geld als Güter führt ins Verderben. Denn es kommt in wenige und dazu falsche Hände; es führt zu Inflation und Blasen, zu Finanz- und Wirtschaftskrisen. Papiergeld muss wie einst Goldgeld der Realwirtschaft dienen; darf nur so stark wie diese wachsen.

Das war beispielsweise ein großes Anliegen von Ludwig Erhard. Er hat sich wie gesagt schon vor Kriegsende in einer Denkschrift Gedanken gemacht, wie der damalige große Geldüberhang beseitigt werden kann. Denn der Krieg war mit Schulden und Anleihen finanziert worden.<sup>170</sup> Die Währungsreform von 1948 hat schließlich das Problem gelöst. Der Geldüberhang wurde abgeschöpft, entwertet.

Ist nämlich die Geldmenge größer als die Gütermenge, dann steigen die Preise. Die begehrten Waren werden solange teurer bis der angebotene Warenberg der nachfragenden Geldmenge entspricht. Das ist Inflation. Diese Geldentwertung raubt den Bürgern ihre Ersparnisse. Sie kann sich zur Hyperinflation (1923) steigern. Papiergeld ist dann nur noch Papier. Es brechen der Zahlungsverkehr und die Wirtschaft zusammen.

Das ist aber nur eine Möglichkeit. Die zweite wurde oben schon vorgestellt. Die Geldbesitzer kaufen Vermögen, also Grund und Boden, Gebäude und Unternehmen. Dabei bilden sich in der Realwirtschaft **Blasen**, die irgendwann platzen. Denn die Nachfrage lässt die Vermögenspreise, z.B. Ackerland, steigen. Eine Blase liegt dann vor, wenn es zu Preisen kommt, die weit über dem Ertragswert liegen. Äcker sind

56

<u>.</u>

-

<sup>&</sup>lt;sup>170</sup> Ludwig Erhard, Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung, Faksimiledruck der Denkschrift von 1943/44, Frankfurt/M, Berlin, Wien 1977 – Die Währungsreform selbst wurde von den Westmächten vollzogen. Verhandlungen mit der UdSSR waren gescheitert. Die ersten DM-Scheine wurden im Geheimen in den USA gedruckt (Operation Bird Dog).

z.B. so teuer, dass die Ernten nicht mehr die Pachtpreise erwirtschaften. Bei Häusern gingen früher die Makler davon aus, dass der zwölf- bis 18-fache Jahresmietwert dem Kaufpreis entsprechen soll. 171 Oft werden noch von Maklern und Spekulanten "Wertsteigerungen" vorweggenommen und fälschlich als "Rendite" berechnet. Das oben dargestellte Platzen der US-Immobilienblase 2007 ist ein Beispiel.

Von Jens Weidmann, dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank, war schon 2014 im Handelsblatt Magazin zu lesen: "Nach Jahrzehnten, in denen seine Vorgänger ganz allein Entscheidungen für Deutschland getroffen und sich das Vertrauen der Deutschen erarbeitet hatten, muss er heute Kompromisse mit Kollegen aus ganz Europa eingehen. Die gemeinsamen Aufgaben verändern sich – und ihn. Längst nicht alles davon gefällt ihm. Die vielen Kräne etwa, die er draußen sieht. Sie stehen für jenen Bauboom, den das billige Geld ausgelöst hat, auch wenn er sich allenfalls im übertragenen Sinne um Architektur sorgt. Ihm geht's um "Finanzstabilität"."172 – Nur Ratlosigkeit ist die Antwort – auch bei ihm.

Das große Spiel geht weiter: "Experten alarmiert - München ist auf dem besten Weg in eine Hotelblase"<sup>173</sup> Denn dort gibt es heute schon mehr Hotels als in Manhattan und die höchste Hoteldichte Deutschlands. Doch rund um die Innenstadt wachsen weitere aus dem Boden. "Etwa 26 Projekte mit rund 4850 Zimmern befinden sich in der Landeshauptstadt im Bau oder werden derzeit zumindest konkret geplant."

Nur Hotelketten, Großgeldbesitzer und ihre "Investoren" stecken dahinter: "In den vergangenen fünf Jahren hat kein einziger Privathotelier in München ein neues Haus eröffnet. Bei allem, was derzeit gebaut wird, geht es nur um Rendite." Beim zu erwartenden Preiskampf werden dann die Neu-Hotels von Investor zu Investor weitergegeben. Diese halten länger durch. Viele einheimische Hotelbetriebe bleiben auf der Strecke. Echte Werte werden zerstört. Es gilt bereits: "Mit einer Verweildauer von zwei Tagen und einer durchschnittlichen Belegung des Beherbergungsgewerbes von um die 50 Prozent ist nicht mehr viel verdient."174 Doch die Messe- und Oktoberfestpreise täuschen die Kundschafter und Investoren aus aller Welt.

Über Raumordnung, Bauleitplanung und Bebauungspläne könnten die Städte und Gemeinden gut gegensteuern. Doch öfter steuern die Verwaltungsgerichte zurück. 175

<sup>&</sup>lt;sup>171</sup> Heute sind schwierigere Renditeberechnungen üblich z.B.: https://m.focus.de/immobilien/kaufen/richtigschaetzen-so-nutzen-sie-gutachten-richtig id 3900489.html

<sup>&</sup>lt;sup>172</sup> Handelsblatt Magazin, "Da braut sich was zusammen", 02.10.2014, Seite 018

<sup>&</sup>lt;sup>173</sup> Die Welt, 31.12.2017, online: <a href="https://www.welt.de/regionales/bayern/article172019924/Experten-">https://www.welt.de/regionales/bayern/article172019924/Experten-</a> alarmiert-Muenchen-ist-auf-dem-besten-Weg-in-eine-Hotelblase.html?campaign\_id=A100

<sup>&</sup>lt;sup>174</sup> Die Welt, 31.12.2017, Link wie vorherige Fußnote

<sup>&</sup>lt;sup>175</sup> Mehr dazu im Buch: G. Pfreundschuh, Der Bürgerstaat, das in Bälde erscheint.

#### 4.6 Fairer Freihandel nur unter Gleichen

Schon Friedrich List (1789 – 1846), der Vater des deutschen Freihandels und des deutschen Zollvereins, hat dies immer wieder betont. Denn wie in freier Wildbahn gilt im völlig freien Markt: der Stärkere frisst den Schwächeren, der Wolf reißt das Schaf.

Ein Beispiel ist Nigeria. Es war um 1950 so entwickelt wie Südkorea. Heute unterscheiden sich beide Länder grundlegend. Die Bevölkerung im ölreichen Nigeria ist arm, die Südkoreaner sind reich. Nun wollte die EU Nigeria helfen. Ein Vorhaben war der Aufbau der Landwirtschaft. So entstanden mit EU-Fördergeldern Hähnchenfarmen, die gut liefen und die örtliche Bevölkerung versorgten. Doch die EU verlangte im Gegenzug, dass der Markt für EU-Agrarprodukte geöffnet wurde. Da hatten findige "Unternehmer" eine Idee. Sie sammelten in Europa bei McDonald's, Burger King und anderen "Systemgastronomen" Hähnchen-Abfälle. Oft wird nur die Hähnchenbrust verarbeitet, der Rest ist Müll. Der wurde nun eingefroren und in Nigeria auf den Markt geworfen. Die Preise waren so günstig, dass die Hähnchenfarmer in Konkurs gingen. 176 Die Qualität und örtliche Wirtschaft zerfielen.

Ein weiteres Beispiel sind die Fischgründe vor Nigeria. Die EU hat für ihre Fischer Fangrechte erworben, d.h. von der Regierung gekauft. Die schwimmenden Fischfabriken aus der EU fangen nun den örtlichen Bootsfischern alles weg.

Flächendeckend wird die einheimische afrikanische Landwirtschaft schon im Keim erstickt, wenn sie der Konkurrenz der europäischen oder nordamerikanischen und damit einer hochindustrialisierten Agrarwirtschaft ausgesetzt ist.

Wie es funktionieren kann, zeigen gut Kurt Egger und Uwe Korus am Beispiel "Öko-Landbau in den Tropen".<sup>177</sup>

Jean Ziegler, der profilierteste Sozialdemokrat der Schweiz, hat in seinem Buch "Imperium der Schande" eindrucksvoll dargestellt, wie Nestlé u.a. Weltkonzerne z.B. Kaffeebauern in den Ruin treiben. Das ist unfairer Freihandel von Übermächtigen gegen Kleinbauern, Handwerker, KMU. Ziegler war UNO-Beauftragter für die Welternährung. Er klagt Armut und Unterdrückung in der Dritten Welt an. Sein Buch wird bezeichnet als: "Das aufrüttelnde Plädoyer des engagierten Globalisierungskritikers."<sup>178</sup> Es ist lesenswert.

Die Wirtschaft in den Entwicklungsländern muss sich von unten nach oben aufbauen, von der Landwirtschaft über das Handwerk, KMU (Kleine und mittlere Unternehmen) bis zu großen Industriebetrieben. Der umgekehrt Weg scheitert in der Regel. Dabei ist das Wichtigste nicht das Geld, sondern die Ausbildung der Menschen, wie auch Südkorea zeigt. Wer nichts kann, findet nirgends Arbeit.

<sup>177</sup>Heinz Egger / Uwe Korus (Hg.), Öko-Landbau in den Tropen, Traditionelle und moderne Beispiele aus Ostafrika, Heidelberg 1995 (Berichte aus Entwicklungsprojekten)

-

<sup>&</sup>lt;sup>176</sup> Greenpeace Magazin Ausgabe 5.14: <a href="https://www.greenpeace-magazin.de/das-globale-huhn">https://www.greenpeace-magazin.de/das-globale-huhn</a>

<sup>&</sup>lt;sup>178</sup> Jean Ziegler, Imperium der Schande: Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung, München 2008

## 4.7 Pyrrhus-Sieg der Finanzkapitalisten

Die Soziale Marktwirtschaft mit der Deutschland AG wurde in mehreren Schritten durch den Monetarismus und Finanzkapitalismus zerstört. Doch der Sieg war ein Pyrrhussieg,<sup>179</sup> ein Scheinsieg. Das wissen wir seit 2007, seit der nicht endenden Finanz-, Währungs- und Eurokrise.

Ab den <u>1970er Jahren</u> wurde die Theorie der Sozialen Marktwirtschaft vom neoliberalen Monetarismus bedrängt. Milton Friedman und weitere Nobelpreisträger aus den USA gaben immer mehr den Ton an.

Diese Theorien bestimmten ab den <u>1980er Jahren</u> die westliche Wirtschaftspolitik und die Ausgestaltung des EU-Binnenmarkts. Dazu kam der Wandel der Betriebswirtschaft und der Unternehmensführung zu einer Strategie der reinen Ausbeutung der Unternehmen zum Nutzen der Kapitalbesitzer (Shareholder Value).

Seit den <u>1990er Jahren</u> kam es zu einer weiteren Steigerung durch den Euro und die neoliberale Globalisierung. Mit dem Euro (Vertrag von Maastricht 1993) wurde eine unausgereifte, nicht zu Ende gedachte Währungsunion geschaffen. Sie verschärfte die innereuropäischen Ungleichgewichte (Süd gegen Nord) und führte ab 2007 zu einer anhaltenden Euro- und Wirtschaftskrise (Griechenland, Italien, Spanien). – Jetzt können die Finanzkapitalisten und Devisenbesitzer wie gezeigt die Welt kaufen. TTIP und TiSA sollten die Krönung sein.

Doch <u>seit 2000</u> ist mit der "staatlich gesteuerten Volkswirtschaft" Chinas für das neoliberale Marktmodell ein mächtiger Gegenspieler aufgetaucht. Der Ausgang dieses Wettlaufs ist offen.

Spätestens 2007 hätte der bankrotte Finanzkapitalismus den Regeln der Marktwirtschaft überlassen werden müssen. Die Spekulationsgewinne wären dann geworden, was sie waren: Schrott. Auch die Diener des Systems, Großbanken, Fonds u.a. waren bankrott. Warum mussten die Steuerzahler sie retten? Der Repräsentant der Steuerzahler (Staat) hätte die bankrotten Institutionen übernahmen müssen. Er hätte das System wieder in die Formen einer Sozialen Volkswirtschaft überführen müssen. Doch dazu fehlten der Verstand und die Kenntnisse.

## 4.7.1 Die Monetaristen (1970er)

Milton Friedman (Nobelpreis 1973) zielte darauf ab, die klassische Theorie (Adam Smith) wiederzubeleben. Denn seit der Weltwirtschaftskrise (1930er Jahre) und in der Nachkriegszeit waren die Keynesianer Wortführer. 180 Ihnen wurde nun

<sup>&</sup>lt;sup>179</sup> Scheinsieg: Schlacht (bei Asculum) gewonnen – Krieg verloren (so im Pyrrhischen Krieg, 280 – 275 v. Chr.)

<sup>&</sup>lt;sup>180</sup> Das galt auch bei uns. Karl Schiller (SPD, Wirtschaftsminister), Helmut Schmidt u.a. waren Keynesianer.

vorgeworfen, nur "Strohfeuer" zu entfachen, für Inflation und Staatsverschuldung zu sorgen. Kanzler Helmut Schmidt meinte noch: "Lieber 5 % Inflation als 5 % Arbeitslosigkeit."

Wurden zuvor Konjunktur- und Wachstumsschwächen auf ein "Marktversagen" zurückgeführt, so war plötzlich ein "Staatsversagen" an allem schuld. Beides geschah ohne überzeugenden Wahrheitsbeweis, nur aufgrund passend gemachter mathematischer Modelle.

Mit Helmut Kohl kam 1982 die Wende von Keynes zur Neoklassik wie mit Reagan als US-Präsident (1981 – 1989) und Thatcher als britische Premierministerin (1979 - 1990); sogar Mitterand in Frankreich schwenkte ab 1983 um. Allen wird heute oft neoliberaler Marktfundamentalismus vorgeworfen. Sozial war da nichts mehr.

Auf dem Programm standen wegen der absoluten Staatsfeindlichkeit: Deregulierung der Finanzmärkte, Privatisierung der Staatsunternehmen. Die neue "Wunderwaffe" war die Angebotstheorie mit billigem Geld und alleiniger Zinssteuerung.

Die Ideen und Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft und des Sozialstaats waren nun in Forschung und Lehre, in Politik und Praxis auf dem Rückzug. Auch Frankreichs "Planifikation" geriet ins Abseits.

Die amerikanischen Universitäten und Wirtschaftswissenschaftler geben bis heute eindeutig den Ton an und beherrschen die großen englischen Fachzeitschriften für Ökonomie. Nach den dort erreichten Veröffentlichungen erfolgen die Berufungen auf die Lehrstühle auch bei den deutschen Universitäten. So bleibt der Club unter sich.

## 4.7.2 EU-Binnenmarkt und Shareholder Value (1980er)

Ab den 1980er Jahren kam es auch auf der Ebene der Unternehmen und der Europäischen Gemeinschaft zu einem Wandel. Die Stichwörter heißen Shareholder Value und neoliberaler EU-Binnenmarkt.

Jack Welch, bis vor kurzem als der erfolgreichste Manager des 20. Jahrhunderts gepriesen, übernahm 1981 den Chefsessel von GE (General Electric). Beim Amtsantritt verkündete er in einem New Yorker Hotel seine Unternehmensstrategie. Er werde nur das Wohl der Kapitalgeber, der Aktionäre, also der Shareholder verfolgen. Nur "Shareholder Value" sei sein Auftrag, ablesbar am Aktienkurs.

Da er darauf GE zum wertvollsten Unternehmen der Welt machte, folgte ihm eine ganze Managergeneration, saß einer lupenreinen Kapitalismus-Idee auf. Als Ruheständler zeigte Jack Welch Reue. 2009, also nach der Krise von 2007, stellte er richtig: "Shareholder Value ist die blödeste Idee der Welt."<sup>181</sup> Er habe inzwischen erkannt, worauf es ankommt: Kunden, Arbeitnehmer und Unternehmer sind alle unverzichtbar für den Erfolg der Gesamtwirtschaft und damit auch für das langfristige

<sup>&</sup>lt;sup>181</sup> Financial Times Deutschland, 13.03.2009

Überleben der Unternehmen. Offen, ehrlich und zuverlässig müssen sie zusammenwirken, um im weltweiten Wettbewerb erfolgreich zu sein.

Zum neoliberalen europäischen Binnenmarkt mit neuen Zuständigkeiten und Institutionen führte die "Einheitliche Europäische Akte" (auch Vertrag von Luxemburg) von 1987. Schon danach sollten über 300 "Politikfelder" harmonisiert, d.h. liberalisiert und der nationalen Zuständigkeit entzogen werden.

Dieser und die folgenden Verträge (z.B. Maastricht 1992, Lissabon 2007) regeln nicht klar die Zuständigkeiten. <sup>182</sup> Sie reden nur von "Politiken". Daher fühlt sich die EU für alles zuständig. Denn über das Marktgeschehen lässt sich zu Allem und Jedem ein Zusammenhang herstellen. Selbst Europaabgeordnete können einem nicht sagen, für was sie nicht zuständig sind. Das führte zur bekannten, oft und vergeblich kritisierten Regulierungswut bis in kleinste Kleinigkeiten. Von Subsidiarität, die die EU-Verträge auch fordern, keine Spur. <sup>183</sup>

Auf der anderen Seite sollen alle nationalen Besonderheiten (Sparkassen, staatliche Versicherungen, kommunale Unternehmen, öffentliche örtliche Ausschreibungen, Ausbildungen und Meisterbrief usw.) unter dem Gesichtspunkt der Deregulierung bzw. Gleichschaltung verboten werden. So gilt bei Subventionen: sie sind den Mitgliedsstaaten streng untersagt, die EU praktiziert sie in großem Stil. Wie ein absoluter Zentralstaat ohne demokratische Legitimation und Kontrolle arbeitet dieser Koloss. Roman Herzog hat dazu 2014 eine treffende Kritik mit Gegenvorschlägen verfasst: "Europa neu erfinden, Vom Überstaat zur Bürgerdemokratie"<sup>184</sup>

Mit der Einführung des Euro wurde die EU auch zur Transferunion. Das bedeutet, dass die Staats- und Bankschulden der Südeuropäer vergemeinschaftet und damit den Nordeuropäern aufgebürdet werden. Angestrebt wird außerdem eine Sozialunion. Diese wird aber nur auf dem europaweit niedrigsten Niveau möglich sein. Dafür werden die Sozialwanderer sorgen. Sie kommen inzwischen aus der ganzen Welt und ziehen immer dorthin, wo es die höchsten Hilfen gibt. Da blutet ohne massive Leistungskürzungen jede Staatskasse aus.

Der Sozialen Marktwirtschaft, der Deutschland AG und unserem Sozialstaat (vgl. Transfer- und Sozialunion) hat die neoliberale EU einen schweren Stoß versetzt. Der nächste folgte mit der Globalisierung.

<sup>183</sup> Subsidiarität heißt: Alles, was unten erledigt werden kann, hat oben nichts zu suchen. Denn jede Regelung von oben ist eine Freiheitsberaubung unten. Charles Montesquieu (1689 - 1755): "Wenn es möglich ist, kein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, dass kein Gesetz gemacht wird."

<sup>&</sup>lt;sup>182</sup> Im Gegensatz dazu lautet Art. 70 unseres Grundgesetzes: "Die Länder haben das Recht der Gesetzgebung, soweit dieses Grundgesetz nicht dem Bunde Gesetzgebungsbefugnisse verleiht." Ebenso sind nach Art. 30 GG die "Ausübung der staatlichen Befugnisse" und die "Erfüllung der staatlichen Aufgaben" "Sache der Länder", es sei denn das GG ermächtigt ausdrücklich den Bund.

<sup>&</sup>lt;sup>184</sup> Roman Herzog, Europa neu erfinden - Vom Überstaat zur Bürgerdemokratie, München 2014 – Hans-Werner Sinn nennt es ein "bahnbrechendes Buch" in: "Der schwarze Juni", a.a.O., S. 347 (vgl. folgende Fußnote)

<sup>&</sup>lt;sup>185</sup> Dazu: Hans-Werner Sinn, Die Targetfalle, Gefahr für unser Geld und unsere Kinder, München 2012; *ders*. Der schwarze Juni, Brexit, Flüchtlingswelle, Euro-Desastern - Wie die Neugründung Europas gelingt, Freiburg 2016

### 4.7.3 Globalisierung und Finanzkapitalismus (1990er)

Ab den 1990er Jahren kamen mehrere Ereignisse zusammen. Die Berliner Mauer war gefallen (1989), der osteuropäische Kommunismus zusammengebrochen. Jetzt wurden das "Ende der Geschichte" und der weltweite Sieg des Neoliberalismus verkündet (z.B. Francis Fukuyama). Ausgerechnet Milton Friedman beriet Russland.

Die USA und andere Länder deregulierten umfassend die Finanzmärkte, die so außer Kontrolle gerieten. Die Explosion der Geldwirtschaft seit 1990 wurde oben gezeigt. Nicht nur Derivate und Devisen wuchsen, auch die dazugehörigen Institutionen erblühten: Schattenbanken und Hedgefonds, Investmentbanken und Vermögensverwalter (Blackrock, Blackstone u.a.). US-Ratingagenturen, US-Kanzleien, US-Bilanzregeln bekamen weltweite Geltung. Der "Kasinokapitalismus" begann sein großes Spiel. 188

Weiter sorgten Doppelbesteuerungsabkommen dafür, dass die Weltkonzerne ihre Hauptsitze in Steueroasen verlegten und oft gar keine Steuern mehr zahlen, was ein ungeheurer Wettbewerbsvorteil gerade gegenüber der gesamten heimischen Wirtschaft ist. Erst 2014 merkte das sogar die OECD.<sup>189</sup> Sie klagte nun über eigene frühere Fehler: "Wir wollten Doppelbesteuerung vermeiden und stehen heute vor Null-Besteuerungen."<sup>190</sup> So erkannte auch die Wirtschaftspresse, dass Konzerne wie Starbucks, Google, Amazon oder Apple in Europa auf ihre Milliardengewinne keine oder fast keine Steuern zahlen.<sup>191</sup> Von wirksamen neuen Regeln wurde bisher nichts bekannt. 2016 forderte die EU von Google hohe Nachzahlungen; der US-Finanzminister wetterte dagegen.<sup>192</sup> Das Thema läßt sich endlos vertiefen.<sup>193</sup>

Gegen die neoliberale Globalisierung wurde bisher nichts getan. Im Gegenteil, es wird gesprochen von "ratlosem Staunen", "neuer Unverbindlichkeit" (Armin Schäfer) oder von "aufgeklärter Ratlosigkeit" wie Jürgen Habermas.<sup>194</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>186</sup> Handelsblatt, 27.2.2018, S. 29: Blackrock hatte 2017 ein verwaltetes Vermögen von 5,2 Billionen €

<sup>187</sup> EU-Recht ab 2005: "Die 'Rechnungslegungsvorschriften' ('International Financial Reporting Standards') machen die finanzielle Lage der Unternehmen nach außen vor allem für internationale Investmentfonds sehr durchsichtig: vollständige Offenlegung, vierteljährliche Berichterstattung, Bekanntgabe von Gewinnzielen und eventuellen Gewinnerwartungen usw. Eine versteckte, langfristig und auf Sicherheit orientierte sowie vergleichsweise moderate Dividendenpolitik, wie es das deutsche Handelsrecht und der deutsche Aktienmarkt vorher erlaubten, war ab diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich oder zu rechtfertigen." TU Braunschweig: <a href="https://www.tu-braunschweig.de/Medien-DB/isw/wandlung-des-modells-deutschland.pdf">https://www.tu-braunschweig.de/Medien-DB/isw/wandlung-des-modells-deutschland.pdf</a> - leider nicht mehr abrufbar.

<sup>&</sup>lt;sup>188</sup> Hans-Werner Sinn, Kasinokapitalismus, a.a.O.

<sup>&</sup>lt;sup>189</sup> OECD. Überstaatliche Organisation der G 20, d.h. der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer.

<sup>&</sup>lt;sup>190</sup> Handelsblatt, 14.08.2014

<sup>&</sup>lt;sup>191</sup> Handelsblatt, 14.08.2014

<sup>&</sup>lt;sup>192</sup> Handelsblatt, 29.08.2016

<sup>&</sup>lt;sup>193</sup> z.B. Gewinnverschiebung über Zinsen für teure Schein-Kredite, Patentgebühren an den Mutterkonzern u.ä.

<sup>&</sup>lt;sup>194</sup> Armin Schäfer, Die neue Unverbindlichkeit, Wirtschaftspolitische Koordinierung in Europa, Frankfurt 2005 Gerhard Himmelmann, Wandlung des "Modells Deutschland" zur "Shareholder-Gesellschaft". Die "Deutschland AG" im Prozess der Globalisierung/Internationalisierung, Braunschweig 2007, S. 18

Die ratlosen Theoretiker gehen noch einen Schritt weiter. Der bekannte Volkswirt Herbert Giersch u.a. wollen gar die "Volks"-Wirtschaftslehre abschaffen und nur noch von "Welt"-Wirtschaftslehre reden. Diese betrachten sie nun als eine "globalisierte Betriebswirtschaftslehre". 195

Die Welt ist ein einziges großes Unternehmen. Das kennen wir schon von Karl Marx. Er meinte, die Unternehmen würden sich so lange zusammenballen, bis nur noch ein einziges Weltunternehmen übrig sei. Dieses sei dann zu verstaatlichen, um den Schritt von Unternehmer-Kapitalismus zum Staats-Kapitalismus und dann zum eigentumslosen End-Kommunismus zu vollziehen.

Nun scheint eine Enteignung auch dann wahrscheinlich, wenn Thomas Piketty Recht hat. Denn wenn 1% der Weltbevölkerung wirklich mehr als 50% des Weltreichtums besitzen sollte, kann es wie bei der Französischen Revolution (1789) sein. Dort stand der Dritte Stand auf und rief: "Wir sind die Nation (93% der Bevölkerung), der Rest, nämlich Adel und Geistlichkeit (7%) können gehen." Sie wurden enteignet und verloren nicht nur ihre Steuerfreiheit, sondern alle Privilegien, was ihr Vermögen war.

## 4.7.4 Ende der Legende (2000er)

Doch manchmal kommt es schneller, als man denkt. Beginnen wir mit Jack Welch und seinem Shareholder Value. Oben wurde schon gesagt, dass sich der Mann 2009 einsichtig zeigte. Er hatte GE zu einer "Bank mit angehängtem Industriegeschäft" gemacht. Und das "Ende der Legende" (Handelsblatt) ist die drohende Zerschlagung von GE, weil diese Finanzgeschäfte die Existenz des Unternehmens bedrohen. <sup>196</sup>

Einem zweiten großen Kasino-Spieler geht es nicht viel besser. "Ein Riese wankt – Warum die Deutsche Bank nicht aus der Krise findet", lautet die achtseitige Wochenend-Geschichte im Handelsblatts. 197 Darin wird der von der RAF ermordete Alfred Herrhausen (Vorstandsprecher 1985 – 1989) noch als "eine Bank-Ikone mit sozialem Gewissen" bezeichnet. Von Rolf-Ernst Breuer (1997 – 2002 Vorstandssprecher, 2002 – 2006 Aufsichtsratsvorsitzender) heißt es: "Als Vorstandschef expandierte er mit dem Konzern im globalen Investmentbanking." Der Fall war tief. Die Aktie der Deutschen Bank hat seit 2000 81,5 % verloren, der DAX dagegen insgesamt 72,5 % zugelegt. 198 – Jetzt soll das Geldhaus zu seinen Wurzeln der Unternehmensfinanzierung zurückkehren, weg vom Investmentbanking. 199

Die anderen einstigen großen Privatbanken der "Deutschland AG" sind beim großen Kasino-Spiel entweder schon untergegangen (Dresdner Bank) oder straucheln weiter

-

<sup>&</sup>lt;sup>195</sup> Herbert Giersch, Die offene Gesellschaft und ihre Wirtschaft, Hamburg 2006 (also vor der Krise von 2007)

<sup>&</sup>lt;sup>196</sup> Siehe oben S. 24 f

<sup>&</sup>lt;sup>197</sup> Handelsblatt, 29.03.2018 (Ostern), "Krise der Deutschen Bank", S. 50 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>198</sup> Handelsblatt, 29.03.2018, S. 55 – DAX = Deutscher Aktienindex

<sup>&</sup>lt;sup>199</sup> Handelsblatt, 09.04.2018, Titelgeschichte: "Strategiewechsel erwünscht." "Als Teil der Bank wird man die Investmentbank nicht mehr zum Erfolg bringen können." So sogar ein Großaktionär der Deutschen Bank.

(Commerzbank). Das Schicksal der Landesbanken ist allgemein bekannt. Sie vergaßen ihren Auftrag, nämlich die heimischen größeren und mittleren Unternehmen bei ihren Geschäften zu finanzieren. Sie drehten lieber das große Rad des globalen Investmentgeschäfts und verkauften Giftpapiere von Schrottimmobilien. Rendite statt Nutzen stiften, war die Losung; glückloser Shareholder Value die Folge.

Das war weltweit ein Irrweg. Heute erkennen viele, aber längst nicht alle: "Es war die Klasse von 2015. In diesem Jahr stieg John Cryan an die Spitze der Deutschen Bank auf. Gleichzeitig machte Credit Suisse Tidjane Thiam zum Vorstandschef, und die britische Großbank Barclays holte den Amerikaner Jes Staley als CEO. Drei Banken, drei Chefs, drei Problemfälle. Alle drei Institute setzten auch nach der Finanzkrise auf das Investmentbanking. Und alle drei stecken noch immer in der Sanierung fest."<sup>200</sup>

Was empfiehlt nun die **Europäische Zentralbank** (EZB)? Weiter so, noch größere Banken! Dazu kann man nur sagen: "Die Definition von Wahnsinn ist, immer das Gleiche zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten." (Albert Einstein)

Zum Glück kommt aus Deutschland Widerspruch: "Banken dürfen nicht zu groß werden. Der oberste Bankenaufseher der Bafin widerspricht offen der Europäischen Zentralbank. Deren Werben für **Großfusionen im Bankensektor hält Röseler für "befremdlich".** Der Wettbewerb zwischen vielen deutschen Geldhäusern sei vielmehr ein Standortvorteil."<sup>201</sup>

Auch der erwähnte und bekannte Dr. Doom [= Dr. Untergang], nämlich Nouriel Roubini, hält es für einen Missstand, "wenn eine kleine Clique von Banken und Investmentbanken einen großen Teil des Finanzsystems beherrscht". "Wir müssen Finanzunternehmen nicht nur verkleinern, sondern entflechten, damit eine mögliche Pleite keinen Dominoeffekt auslöst." Für die Zukunft empfiehlt er die Errichtung neuer Brandschutzwände im Finanzsystem, überschaubare Geldkreisläufe Geldmärkte. Er geht noch weiter: Großbanken und Versicherungen, die im Konkursfall die ganze Wirtschaft eines Landes, eines Erdteils oder der Welt ins Wanken bringen, müssen zerschlagen werden.<sup>202</sup> Das bedeutet nichts anderes als Regionalisierung mit kleineren Geldkreisläufen, regionalen Banken und Geldsammelstellen (Versicherungen, Pensionsfonds, Anleihemärkte u.a.). hatten wir schon, das brauchen wir wieder. Bei den Genossenschaftsbanken und Sparkassen haben wir es noch.

Insgesamt haben wir eine anhaltende Krise der angelsächsischen VWL (Volkswirtschaftslehre). Überzeugende Lösungen fehlen. Das führt zum nächsten Kriegsschauplatz: Zum Aufstieg der Populisten, der EU-Kritiker und

<sup>&</sup>lt;sup>200</sup> http://www.handelsblatt.com/21158010.html / gelesen: in der Handelsblatt10 App

<sup>&</sup>lt;sup>201</sup> Handelsblatt, 05.04.2018, Fettdruck wie im Original

<sup>&</sup>lt;sup>202</sup> Roubini/Mihm, a.a.O., S. 282, 306 (Er nennt als Beispiele acht Finanzkonzerne, die zu zerschlagen seien.)

Globalisierungsgegner. G-20-Gipfel werden zu Chaostagen; sie spiegeln die Lage der enthemmte Weltwirtschaft wider.

Diese "Blindgänger" (Lisa Nienhaus<sup>203</sup>) in Wissenschaft, Politik und Staat sind so verbildet und eingebildet, dass sie den Finanzkapitalismus retteten, statt das System zu reformieren. Im Deutschlandfunk meinte Joseph Vogl, dass es natürlich Auswege aus dem Gefängnis der Finanzmärkte gab und gibt:

"Also 2008 gab es eine große offene Tür. Es ist ja die ironische Situation eingetreten 2008, dass ein Großteil der internationalen Finanzökonomie sich mit einem hohen Begehren zur Sozialisierung seines Kapitals an die Brust des Staates geworfen hat. Das war im Grunde eine revolutionäre Situation, man hat nur einen eigentümlichen Weg gewählt und dieses sozialisierte Kapital mit hohen Mitteln, mit hohen öffentlichen Mitteln wieder reprivatisiert. Das sind offene Türen gewesen und die werden, da die nächsten Krisen kommen werden, immer wieder offenstehen!" – Es kam also 2008 zur Restauration!<sup>204</sup>

Hören wir noch eine andere, sogar amerikanische Stimme:

"Warum, so fragt er [= Michael Sandel, Harvard-Professor, Buchautor mit millionenstarker Anhängerschaft], habe Obama nach dem Crash der Finanzmärkte die Investmenthäuser mit vielen Milliarden Dollar im Rennen gehalten? Warum ging das Geld der Steuerzahler nicht an die Opfer, die in Not geratenen Hypothekenzahler, die überschuldeten Privathaushalte? Man ahnt die Antwort: die Finanzmärkte!"<sup>205</sup>

Die Großgeldbesitzer wurden nicht nur mit dem Geld der Steuerzahler gerettet. Sie kaufen nun u.a. auch mit diesem Geld den Steuerzahlern ihr Vermögen weg; wie oben beschreiben ("2.3.2 Großgeldbesitzer kaufen die Realwirtschaft").

Doch es gibt nicht nur Auswege, sondern sogar Zwänge zum Umdenken und zum Umbau. Europa muss seinen eigenen Weg zu einer Sozialen Volkswirtschaft gehen, um dem Finanzkapitalismus und dem Staatskapitalismus zu widerstehen. Dazu bedarf es außer der Fortentwicklung der dargestellten sozialen Wirtschaftsordnung auch einer wirtschaftspolitischen Strategie und deren operative Umsetzung.<sup>206</sup>

65

<sup>&</sup>lt;sup>203</sup> Lisa Nienhaus, Die Blindgänger: Warum die Ökonomen auch künftige Krisen nicht erkennen werden, Frankfurt/M 2009, Nienhaus ist Wirtschaftsjournalistin, früher FAS, heute Die Zeit.

<sup>&</sup>lt;sup>204</sup> Deutschlandfunk, 14.05.2015, Interview mit Josef Vogl, Krise des Kapitalismus "Natürlich gibt es Auswege aus dem Gefängnis der Märkte", Joseph Vogl ist Kulturwissenschaftler und Philosoph (Humboldt-Uni, Berlin).
<sup>205</sup> FAZ – Feuilleton, 12.04.2018

<sup>&</sup>lt;sup>206</sup> Zur Aufbauorganisation muss die entsprechende Ablauforganisation kommen.

## 4.8 Politische-Strategie

Politik heißt, den notwendigen, zeitgemäßen Wandel herbeizuführen. Sie hat das langfristige Überleben zu sichern. Vorausschauend und generalstabsmäßig müssen kommende technologische Entwicklungen eingeschätzt werden.

Der politisch-strategischen Planung muss die operative Umsetzung folgen. Aussitzen und Abwarten bringen Niederlagen – und Armut. Dazu brauchen wir passende Institutionen. Das muss z.B. der erwähnte überparteiliche, hauptamtliche Beraterstab bzw. wirtschaftspolitische Generalstab<sup>207</sup> beim Bundespräsidenten sein (vgl. S. 41).

Vieles rechnet sich auf den ersten Blick nicht. Wer nur auf kurzfristigen Profit schaut, versäumt die langfristigen Notwendigkeiten des Lebens. Es muss firmenunabhängige Einrichtungen geben, die erkannte technologische Entwicklungen fördern und genossenschaftlich mit der heimischen und dann europäischen Wirtschaft umsetzen. Der Neoliberalismus und der Parteienstaat versagen hier auf der ganzen Linie.

Allerdings müssen die Europäer auch "offen, ehrlich und zuverlässig" miteinander umgehen, sich nicht ständig durch "tarnen, täuschen und triumphieren" gegenseitig austricksen und das gegenseitige Vertrauen zerstören; das wäre die falsche Taktik.

Deutschland war 1969 bereits auf einem guten Weg. Daran ist anzuknüpfen.

Wir hatten 1969 bereits gute Ansätze. Doch der Sieg der Neoliberalen von rechts und die 68er-Revolte von links mit Technik- und Wirtschaftsfeindlichkeit haben die Entwicklung unterbrochen und uns zurückgeworfen.

So lesen wir im Oktober 1969 in einer Beilage zum "Der Volkswirt". 208 "In der Bundesrepublik ist die Zukunftsforschung eine noch junge Wissenschaft. Die Zahl der Skeptiker ihr gegenüber verringert sich jedoch zusehends. VW-Chef Kurt Lotz formulierte die jetzt "herrschende Lehre" auf der Gründungsversammlung des Industrie-Instituts zur Erforschung technologischer Entwicklungslinien während der diesjährigen Hannovermesse so:

"Wir können es uns heute nicht mehr leisten, irgendetwas dem Zufall zu überlassen, am wenigsten die Zukunft. Wir leben in einer Zeit, in der diese Zukunft auch zum ersten Male weitgehend durch den Menschen bestimmbar und damit prognostizierbar geworden ist.<sup>209</sup> Damit wird die frühzeitige Kenntnis der technologischen Entwicklungslinien für eine Industrienation zur Frage der Existenz."

<sup>&</sup>lt;sup>207</sup> Nochmals für BWL- und Bundeswehr-ferne Bürger: Stäbe beraten nur. Geführt wird durch die Linie, d.h. demokratisch legitimierte Entscheider, politische Führungskräfte. Wer ohne Stab führt, stolpert.

<sup>&</sup>lt;sup>208</sup> Der Volkswirt, Beilage zur Ausgabe vom 03. 10. 1969 – "Der Volkswirt" war der gute alte Name für das heutige Wirtschaftsmagazin "Wirtschaftswoche"

<sup>&</sup>lt;sup>209</sup> Prognosen sind immer mit Unsicherheiten behaftet und durch ständige Lagebeurteilungen anzupassen.

Dabei wurden fünf Forschungs- und Entwicklungsbereiche genannt, die jeweils als **Schlüsselinnovation** angesehen wurden und vor allem "unabhängig von Firmen-Interessen" dargestellt und erarbeitet werden sollten:

- Transport und Verkehr Das Versorgungsproblem der wachsenden Bevölkerung liegt nicht in der Herstellung, sondern in der Verteilung der Waren. Nur völlig neue Verkehrssysteme können das befürchtete Verkehrs-Chaos verhindern.
- Kunststoffe Der Anteil der Kunststoffe am Werkstoffbedarf soll nach Schätzungen bis 1980 um das Vierfache wachsen. Sie werden zunehmend eine wichtige Rohware. Die Industrie muss für kunststoffgerechte Konstruktion und Gestaltung feste Regeln entwickeln. Der Kunststoffmüll kann und muss beseitigt werden. [Auch das wurde bereits damals, vor 50 Jahren erkannt. Heute sind die Weltmeere mit Plastikabfällen stark belastet.<sup>210</sup>]
- **Datenverarbeitung** Der Computer wird in den nächsten Jahren vor allem für die Prozesssteuerung ganz erheblich an Bedeutung gewinnen. ...
- Werkzeugmaschinen Neue Werkstoffe, wie Kunststoffe verlangen geänderte Fertigungsmethoden. Aus der Chemie kommen ergänzende Bearbeitungstechniken hinzu. Die Wirtschaftlichkeit von Klein- und Mittelserien wird durch den Einsatz numerisch gesteuerter Maschinen erheblich gesteigert. [Heute heißen diese Maschinen CNC-Maschinen]. Maschinenhersteller helfen bei der erforderlichen Umstellung der Arbeitsvorbereitung. [Da ist Deutschland nach wie vor u.a. durch seine KMU weltweit in einer Spitzenstellung.]
- **Energieversorgung** Der steigende Energiebedarf lässt sich decken. Hier geht es nicht um ein Mengen-, sondern ein Kostenproblem. Erdöl und der Atomstrom werden die Preisführer sein; bereits heute ist die Kernenergie wettbewerbsfähig.

Die Auswahl war treffend. Die Beispiele zeigen, was die Chinesen fordern und zum Grundsatz erhoben haben: **Strategie** verlangt **dynamische Planung**, die sich frühzeitig veränderten Erkenntnissen und Bedürfnissen anpasst. Nachjustieren ist ständig erforderlich. Die Energiewende hätte generalstabsmäßig geplant und umgesetzt werden müssen. Doch Merkel beriet überhastet eine 'Ethikkommission'!

Zum "Transport und Verkehr" bringt die Beilage des Volkswirts ein Interview mit Ludwig Bölkow, Leiter der "Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH" in Ottobrunn bei München. Damals waren noch Technik-Pioniere Firmenchefs und Inhaber. Vorgestellt wird der Transrapid, der noch nicht diesen Namen hatte, sondern Hochleistungsbahn genannt wird. Gegen den Verkehrsnotstand will der Flugzeugbauer solche Hochleistungsbahnen als reibungsfreies Verkehrsmittel auf Magnetkissen auf den Weg bringen.

Unter einem Transrapidbild, auf dem die erste Strecke von Hamburg über Frankfurt und Stuttgart nach München eingezeichnet ist, heißt es hoffnungsfroh:

<sup>&</sup>lt;sup>210</sup> Heute sehen wir: "Satellitenbild der Woche: Paradies im Plastikstrudel", Spiegel online, 25.04.2018

"Die Modellbahn der Flugzeugbauer. In 10 Jahren kann sie Hauptträger des Fernverkehrs sein." Das ist die Zukunftsvision: "Hochleistungsbahnen mit dichter Zugfolge sollen das Verkehrsproblem der Zukunft lösen. Fahrzeuge, Güter und Personen fahren mit einem spurgebundenen Verkehrsmittel in drei Stunden von Hamburg nach München. Kreuzungsfreie Verkehrslinien über oder unter der Erde verbinden die Wirtschaftszentren. Konventionelle Verkehrsträger besorgen das Sammeln und Verteilen an den Endpunkten und Stationen der Linien. Diesen Lösungsvorschlag an Bonn machte die Arbeitsgemeinschaft Bölkow-Strabag-Bundesbahn. Der Verkehrsminister ist interessiert. Der Bund wird weitere Studien über dieses Projekt finanzieren."

Daraus ist bis heute nichts geworden. Nur in Shanghai fährt ein Transrapid in wenigen Minuten vom Stadtzentrum zum Flughafen. Nach der Wiedervereinigung sollte noch einmal die Strecke von Berlin nach Hamburg verwirklicht werden. Doch Bedenken und Umweltschützer verhinderten das.

Hans-Werner Sinn schreibt noch 2009: "Der Transrapid war Deutschland keine 3 ½ Milliarden Euro wert. ... Insgesamt wurden etwa 580 Milliarden € als Hilfen und Bürgschaften für die Banken sowie 100 Milliarden € als Bürgschaften für die Privatunternehmen und 81 Milliarden € für zwei Konjunkturprogramme zur Verfügung gestellt. ... Schwindel entsteht, wenn man sich die Zahlen vor Augen führt, und Schrecken, wenn man an die Belastungen künftiger Generationen denkt."<sup>211</sup> Es waren, wie heute leicht erkennbar ist, Konjunkturprogramme nach Keynes, die wie Strohfeuer nur kurz aufloderten. – Heute sind wir bei Billionen € angelangt!

Auch im Technologiebereich "Datenverarbeitung" hat Deutschland geschlafen. Der deutsche Konrad Zuse hat mit seinen "Rechnern 1 bis 3" den Computer erfunden. Firmen wie Nixdorf waren zunächst gut im Geschäft. Dann stürzten sich die USA auf diese Erfindungen. Deutschland hat die eigenen Goldkörner nicht aufgegriffen.<sup>212</sup>

In der Autoindustrie gab es von den Gewerkschaften erzwungene Anti-Rationalisierungsabkommen. Elektronisch gesteuerte Werkzeugmaschinen und Montageabläufe sollten verhindern, die Fließbandarbeit erhalten werden. In Japan gab es das Gegenteil. Dort wurde jeder Yen, der in eine vollautomatische Fertigung investiert wurde, vom Staat zunächst mit 2 Yen und später mit 1 Yen subventioniert.

Wir müssen zu einem **strategischen Ansatz** wie 1969 zurückkehren und wie damals vorgesehen die Schlüsseltechniken herausfinden und fördern. Vor allem müssen wir unsere KMU (kleine und mittelständische Unternehmen), unsere heimlichen Weltmeister genossenschaftlich in diese privat-staatliche **Technologieentwicklung** einbeziehen. Das ist dann die operative Umsetzung.

Zuvor muss sichergestellt werden, dass die **Europäische Zentralbank** wieder der Realwirtschaft dienen muss. Sie hat die Geldmenge so straff zu steuern wie

<sup>&</sup>lt;sup>211</sup> Hans-Werner Sinn, Kasinokapitalismus, a.a.O., S. 11 (Vorwort)

<sup>&</sup>lt;sup>212</sup> So auch Harro von Senger in: Die Kunst der List, Strategeme, a.a.O., S. 77

seinerzeit die Deutsche Bundesbank und dem Wachstum der Realwirtschaft anzupassen.

Hinzu kommt das außenwirtschaftliche Ziel **Wohlstand für alle Länder**. Nur das kann den Weltfrieden retten und die Flüchtlingsströme verhindern. Die vierte Hauptaufgabe der Chinesen für das 21. Jahrhundert ist völlig richtig: In allen Ländern müssen die wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse des Volks befriedigt, die Armut beseitigt werden. Die nötige Produktionsbasis ist aufzubauen.

## 4.9 Operative Umsetzung

Strategische Ziele sind gut und unverzichtbar, doch entscheidend ist die operative Umsetzung. Auf das Handeln und die Erfolge kommt es an. Dabei sind Erfolge erreichte Ziele – strategische wie operative. Die Strategie wird zur Operation, wenn die Ziele durch Zeit und Zahlen (Z³) prüfbar, d.h., operationalisiert' sind.

Heute wird viel zu viel theoretisiert. Dazu werden endlose Statistiken erhoben und gewälzt. Doch die operative Umsetzung kommt zu kurz. Dazu bedarf es handelnder Menschen, die in Organisationen, Einrichtungen und Institutionen zu gemeinsamem, zielgerichtetem Handeln zusammengeführt werden.

Wir wollen dies gleich beispielhaft an zwei großen Einrichtungen des Bundes zeigen, nämlich der Arbeitsagentur und der Bundeswehr.

#### 4.9.1. Sofortmaßnahmen

Es ist keine Zeit zu verlieren. Jede neue Regierung sollte unverzüglich mit ersten Sofortmaßnahmen starten. Dazu gehören

- Bau einer Magnetbahn von Berlin über Warschau nach Moskau,
- Planung und Umsetzung weiterer Infrastruktur- und industrieller Großvorhaben (z.B. Meerwasserentsalzung, Sonnenenergie, Kleinst-Technik in jeder Form),
- Umbau der Arbeitsagentur zur dualen Umschulungseinrichtung,
- Aufstellung eines Friedensheeres,
- Aufbau einer Abwehr gegen Wirtschaftsspionage durch Cyber-Angriffe.

Wir können die chinesische "Seidenstraße" nicht verhindern. Der Landweg ist unverzichtbar. Doch wir könnten daraus großen Nutzen ziehen. Wir sollten unsere Transrapid-Technik auf Stand bringen und einsetzen. Das wäre eine sinnvolle Ergänzung zur Autoindustrie, von der so viele deutsche Arbeitsplätze abhängen.

Wir betrachten nun beispielhaft die Duale Umschulungsagentur und den Aufbau eines Friedenheeres.

#### 4.9.2 Von der Arbeits- zur Dualen Umschulungsagentur

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) ist in eine Duale Umschulungsagentur (DUA) für Fach- und Führungskräfte umzubauen.

Für diese DUA gelten folgende Ziele und Grundsätze:

- Vorrang der Umschulung vor schneller Vermittlung,
- Erwerb anerkannter Berufs- und Fortbildungsabschlüsse,
- echte und dauerhafte Eingliederung aller Bürger gemäß ihrer Befähigung und Neigung,
- Arbeit für alle. 213

Die heutige BA hat einen Haushalt von 36,4 Milliarden Euro (2016). Das ist mehr als der Verteidigungshaushalt (34,3 Milliarden Euro, 2016). Die Mitarbeiterzahl beträgt fast 100.000 Personen. So viel hatte das 100.000-Mann-Heer der Reichswehr. Die DUA soll keine Soldaten oder Krieger ausbilden, aber Fach- und Führungskräfte<sup>214</sup> (um-)schulen und vermitteln. Das müsste mit so viel Geld und Leuten gelingen! Wir müssen die BA neu erfinden, d. h. neue Ziele und eine ganz neue Organisation.

Wenn die 100.000 Frauen und Männer in der BA nicht Statistiken und Theorien bearbeiten, sondern aktiv umschulen und dann vermitteln, können auch Langzeitarbeitslose durch Üben und Tun berufstauglich werden. Denn bei 1 Mio. Langzeitarbeitslosen kommen auf jeden der 100 Tsd. BA-Mitarbeiter ganze 10 Langzeitarbeitslose. Und es sind 20 Fälle je BA-Mitarbeiter, wenn wir von 2 Mio. Arbeitslosen ausgehen. In der BA wird ganz viel gemacht und gewerkelt; um den einzelnen Arbeitslosen kümmern sich die Wenigsten im "Koloss für Arbeit" (FAZ).<sup>215</sup>

Der Weg zu den Zielen erfordert eine andere Art des Lernens, der Organisation und Bezahlung. Wer arbeitslos wird, muss sofort in ein Arbeitsverhältnis zur Umschulung bei der DUA kommen. Arbeitslose wie heute darf es nicht mehr geben, höchstens Kranke und Behinderte. Für sie sind die Sozialversicherungen zuständig.

Wilhelm Röpke, ein Vater der Sozialen Marktwirtschaft, schreibt im Klassiker "Civitas Humana": "Wir orientieren uns nur dann richtig, wenn wir uns jeden Arbeitslosen als einen Mann vorstellen, der sich auf dem Wege von einer wirtschaftlich unhaltbar gewordenen Beschäftigung zu einer wirtschaftlich haltbaren befindet."<sup>216</sup>

"Wir können nicht Millionen bezahlen, wie wenn sie arbeiten würden, obwohl sie nicht arbeiten." (Hans-Werner Sinn) Bezahlen wir sie fürs Lernen und Arbeiten! Dann

<sup>&</sup>lt;sup>213</sup> So auch der "Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge" (im Gegensatz zur BA): z. B. Matthias Knuth, Vorschläge für eine solidarische und sozial-investive Arbeitsmarktpolitik in: NDV 11/2007, S. 513 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>214</sup> Fachkräfte sind alle mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung, auch Spezialisten, Experten, Professoren.

<sup>&</sup>lt;sup>215</sup> So auch die sehr kritischen Artikel zur BA: FAZ, 14. 03. 2015 / Spiegel online 26.03.2018: "Agentur für Arbeit: Viel Stress, viel Bürokratie und wenig Hilfe für die Arbeitslosen"

<sup>&</sup>lt;sup>216</sup> Wilhelm Röpke, Civitas Humana, Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform, Zürich 1944, S. 349 (geschrieben im Genfer Exil während des Dritten Reichs), 2. Aufl. Bern 1979, zitiert wird 1. Aufl. (1944)

fallen auch alle Einkommens- und Vermögensprüfungen weg, die den Armen das Letzte nehmen – ihren Aufstieg in den Mittelstand vollends verhindern.<sup>217</sup>

Das ist eine echte Alternative zum bedingungslosen Grundeinkommen. Denn dieses lässt die Menschen weiter in der Lage, nicht gebraucht zu werden. Jeder wird gebraucht. Und jeder, der Nutzen stiftet, ist ein wertvolles Mitglied des Bürgerstaates, sagen wir ruhig "unserer Eidgenossenschaft".

Ziel ist, alle Bürger zu Fach- oder Führungskräften auszubilden oder dazu umzuschulen. Sie sollen die Gewissheit haben, in ihrer Heimatregion mit Familie und Eigenheim, mit Arbeit und sozialer Sicherheit leben zu können.<sup>218</sup>

Das sind die Ziele "Mittelstand für alle" und "genossenschaftliche Brüderlichkeit". Sie verlangen "Hilfe in der Not"; kein Bürger wird allein gelassen, vergessen.

Dabei muss jede Umschulung mit einer genauen und umfangreichen *Eingangserhebung* der Neigungen und Befähigungen des Umschülers beginnen. Es sind dann mit ihm die Arbeitsplatzangebote der Wirtschaft, des öffentlichen Dienstes u.dgl. zu besprechen. Diese genaue Gegenüberstellung von Angebot und Nachfrage samt Qualifikationen fehlt heute. Außerdem sind persönliche und gesundheitliche Einstellungshemmnisse offen zu besprechen und danach zu therapieren. Die Eingangserhebung muss dem Umschüler seinen Fortbildungsbedarf zeigen und ihn von der Schulung samt Zielerreichung überzeugen.

Dann brauchen wir *duale Umschulungen*, also mit einem Wechsel von praktischer Arbeit und theoretischer Schulung. Dabei hat die Praxis, das Lernen durch Arbeit Vorrang. Praktisch begabte Menschen, auch Langzeitarbeitslose brauchen solche "arbeitsintegrativen Lernformen". Das ist "natürliches Lernen" durch Tun und Üben. Lernen heißt nach Karl Popper, "aufgrund von Erfahrung sein Verhalten ändern".<sup>219</sup>

Soweit keine privaten Unternehmen, Handwerksbetriebe u.dgl. zur Verfügung stehen, sind öffentliche Wirtschaftsunternehmen einzusetzen und ggf. einzurichten. Arbeit, die heute liegen bleibt, gibt es genug: im Denkmal- und Umweltschutz, in unansehnlichen Industriegebieten, im Wohnumfeld vieler Städte und Dörfer, in Pflege und Gesundheit usw.<sup>220</sup> Die Theorie, dass ein Drittel der Deutschen zu dumm für moderne Arbeit sei, halten wir für völlig falsch und abwegig.<sup>221</sup>

Nur im Rahmen dieser Umschulungen kann es zu befristeter, der Umschulung dienender Leiharbeit kommen. Die DUA bestimmt die Bedingungen und die Dauer. Private Leiharbeit ist systembedingt nicht mehr nötig. Damit entfallen auch sog. "prekäre Arbeitsverhältnisse".

<sup>220</sup> In Teilbereichen können wir auch von einem vorübergehend "sozialen Arbeitsmarkt" sprechen.

<sup>&</sup>lt;sup>217</sup> Dahinter steckt die Idee, wer öffentliche Hilfe bekommt, muss ganz arm sein, darf kein Vermögen haben.

<sup>&</sup>lt;sup>218</sup> Nirgends in Europa wohnen so wenige im eigenen Haus wie in Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>219</sup> Karl Popper und John Eccles, Das Ich und sein Gehirn, a.a.O., S. 144 ff., 505 ff.

 <sup>&</sup>lt;sup>221</sup> sog. 2/3-Gesellschaft nach Peter Glotz (SPD) in: Eine Kultur des Wandels schaffen, Speyerer Vorträge, Heft
 29, Speyer 1994; ebenso: Denkschrift der Kommission ,Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft' beim Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, 1995, S. 48 ff.

Gleichzeitig muss erleichtert werden, dass wirtschaftlich unhaltbar gewordene Arbeit über betriebsbedingte Kündigungen abgeschafft wird (historisches Extrembeispiel von Kündigungsschutz: der Heizer auf der E-Lok in Großbritannien).<sup>222</sup>

Ziel sind zufriedene Arbeitnehmer und Arbeitgeber. In der schnelllebigen Wirtschaft des 21. Jahrhunderts ist es noch entscheidender, dass die richtige Fach- oder Führungskraft den richtigen Arbeitsplatz besetzt.

#### 4.9.3 Friedensdienst für alle

Die nächste große Einrichtung des Bundes ist die Bundeswehr. Hier soll nach den Forderungen der NATO der Wehretat auf 2 % des Bruttoinlandsprodukts angehoben werden. Das bedeutet, dass er nahezu verdoppelt werden muss, nämlich auf etwa 70 Mrd. Euro. Damit sollten wir keine Probleme haben.

Denn wir könnten wie die US-Army dort ein **Zentrum für Cyber-Abwehr** sowie **Internet-Forschung** einrichten. Schließlich wurde das Internet von den US-Militärs erfunden. Auch in Israel ist das Militär ein "digitaler Treiber" und Forschungspartner für Hochtechnologie sowie für Internet-Spionageabwehr.

Das ist nach unserem Verständnis auch eine wichtige **Staatsaufgabe**. Denn heute können sich die KMU (kleine und mittelständische Unternehmen) nicht gegen die Angriffe und die Spionage aus dem Internet wehren (z.B. aus China, Russland, USA). Das überfordert ihre Kräfte und Kenntnisse. Und immer dann, wenn die einzelnen Mitglieder eines Gemeinwesens für eine Verteidigung zu schwach sind, muss die größere Gemeinschaft, hier der Bürgerstaat, die Aufgabe übernehmen. Dazu kann er durchaus die Betroffenen und Beteiligten mit heranziehen (vgl. Wehrpflicht). Doch er muss die Sache in die Hand nehmen und organisieren.

Ständig werden heute in der Wirtschaftspresse, in den Nachrichten des Vereins Deutscher Ingenieure, auch in der Tagespresse alle, insbesondere die KMU aufgefordert, mehr für ihre Internet-Sicherheit zu tun. Doch sie sind letztlich zu schwach gegen fremde, staatlich organisierte Werkspionage. Das wäre so, wie wenn sich die Hauseigentümer allein gegen Einbrecher schützen müssten, weil die Polizei abgeschafft wurde. (Private Sicherheitsdienste sind Beispiele für Politikversagen.)

Die nächste große Aufgabe, bei der auch die Wirtschaft überfordert ist, sind die Flüchtlinge und die *Masseneinwanderungen*. Natürlich sind durch den Staat die Grenzen zu schützen. Doch inzwischen sind viele sogenannte Migranten im Land und sollen angeblich integriert werden. Es ist naiv und aussichtslos, auf die Wirtschaft zu warten.

<sup>222</sup> Es ist völlig falsch, dass heute nur "Investoren" (Hedgefonds u.a.) mit gesamtwirtschaftlich schädlichem

Inzwischen erkennt die Wirtschaft die Wirklichkeit. Joe Kaeser (Siemens) meinte, er habe den Ausspruch "Wir schaffen das" immer unterstützt. Doch sei die Botschaft "online in Windeseile millionenfach verbreitet" worden. Die Politik habe die Massenmobilisierung "unterschätzt und die Solidaritätsbereitschaft unserer europäischen Partner überschätzt". In der Wirtschaft hätten viele gesagt, die Zuwanderung löse das Facharbeiterproblem. "Das war natürlich supernaiv, weil es in der Regel keine Facharbeiter sind, die zu uns kommen."<sup>223</sup>

Auch hier ist die höchste Form unserer Selbstorganisation, nämlich der Staat gefordert. Immer wieder lesen wir, dass es vergleichbar der Schulpflicht auch eine "Pflicht zur Ausbildung" geben müsse.<sup>224</sup> Es bietet sich eine verhältnismäßig einfache und wirksame Lösung an. Wir brauchen ein *Friedensheer,* in dem alle jungen Männer und Frauen, auch die unbefristet hier lebende Ausländer dienstpflichtig sind. Der zielgerichtete, straffe, gut organisierte Dienst muss ein Ausbildungsdienst sein.

Inzwischen wird diskutiert, für Männer und Frauen einen "Dienst für die Gesellschaft" einzuführen. Das war das Leitthema von loyal, der Monatsschrift des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V.<sup>225</sup> Von ihrer "Zuhör-Tour" hat die CDU-Generalin Kramp-Karrenbauer den Vorschlag einer "Dienstpflicht für alle" mitgebracht und im Sommer 2018 eine große öffentliche Debatte ausgelöst. Umfragen ergaben, dass zwei Drittel (68%) der Deutschen für eine allgemeine Dienstpflicht sind.<sup>226</sup>

Doch dabei muss das Friedensheer **Nutzen für beide Seiten**, für die Gesellschaft und die Dienstleistenden stiften. Dies kann dadurch geschehen, dass im dualen System den Dienstpflichtigen, Flüchtlingen und Deutschen ohne Berufsabschluss eine berufliche Grundausbildung vermittelt wird.

Jede Armee ist eine große *Ausbildungseinrichtung*. Auf den unterschiedlichsten Fachgebieten wurden schon Wehrpflichtige zu Fachkräften ausgebildet. Der Nachteil beim Zivildienst war, dass nur die Arbeitskraft der Zivis genutzt wurde. Diese Sicht ist zu einseitig. Nirgends wird so schnell und so viel gelernt, wie in einer Armee, wenn sie gut geführt ist.<sup>227</sup>

Durch die Ausbildung der jungen Menschen aus vielen fernen Ländern kann das strategische Ziel "*Friede durch Wohlstand für alle Länder*" angestrebt werden. Nur dann werden die Fluchtursachen an der Wurzel behoben. Nach dem Fall der Mauer sagten die Ostdeutschen oft: "Kommt die D-Mark nicht zu uns, dann kommen wir zur

<sup>&</sup>lt;sup>223</sup> Handelsblatt, 27. 04. 2017, S. 1, 30 - 33

<sup>&</sup>lt;sup>224</sup> In einem gemeinsamen Gastkommentar legten Hans Eichel (SPD), Roland Berger (Unternehmensberater) und Ludwig Braun (Aufsichtsratsvorsitzender der Braun AG Melsungen) "Ideen zur Flüchtlingsintegration" vor. Und sie forderten: "Ausbildung als Pflicht". (Handelsblatt 07.01.2016)

<sup>&</sup>lt;sup>225</sup> loyal, Das Magazin für Sicherheitspolitik, 6/2017: Dienst für die Gesellschaft – in einer unruhigen Welt braucht unser Land das Engagement aller Bürger, um seine Demokratie und seine Werte zu verteidigen.

<sup>&</sup>lt;sup>226</sup>Zeit-online, 10.08.2018 <a href="https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-08/dienstpflicht-pflichtjahr-wehrpflicht-bundeswehr-umfrage">https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-08/dienstpflicht-pflichtjahr-wehrpflicht-bundeswehr-umfrage</a> Quellen: Forschungsgruppe Wahlen, ZDF Polit-Barometer, 10.08.2018

<sup>&</sup>lt;sup>227</sup> Ein großer Nachteil der Wehrpflicht zu meiner Dienstzeit war, dass nach der Grundausbildung für die Mannschaften oft der "Gammeldienst" begann. Die Ausbildung zum Reserveoffizier war vorbildlich. Vgl. dazu G. Pfreundschuh, Das Militär, Heidelberg 2013

D-Mark". Heute sagen viele junge Leute in Afrika, im Orient bis nach Afghanistan: "Kommt der Wohlstand nicht zu uns, dann kommen wir zum Wohlstand."

Umfragen zeigen "rund 45 Millionen Menschen aus Subsahara-Afrika und aus dem arabischen Raum zwischen Marokko und Oman würden heute gerne auswandern. ... 2009 erfragte Prozentsätze [ergaben] Subsahara: 38 %, arabischer Raum: 23 %."<sup>228</sup> Fast 70 Mio. Menschen sind heute weltweit auf der Flucht.

Wir können sie nicht alle aufnehmen, nicht alle ausbilden und schon gar nicht alle integrieren. Doch könnte aus der geforderten Erhöhung des Wehretats ein erheblicher Teil eben in ein Friedensheer zur Ausbildung von jungen Leuten aus Entwicklungsländern fließen. Wir können auch nicht mehr aufnehmen, als unsere Ausbildungskapazitäten erlauben. Denn die Deutschen machen rund 1 % der Weltbevölkerung aus. Sie können nicht 99 %, also dem Rest der Welt, versprechen, sie aufzunehmen oder auch auszubilden.

Der Friedensdienst für hier befindliche junge Ausländer sollte dem Ziel dienen, Aufbau einer **Realwirtschaft in ihrer Heimat.** 

Wie bei einer Wehrpflichtarmee, die viele von uns noch erlebt haben, muss gelten: "Reservisten bilden Reservisten aus". Das bedeutet, dass schon während der Grundausbildung für fähige junge Leute eine Laufbahn in die untere und mittlere Führung (vergleichbar Reserveunteroffiziere, Reserveoffiziere) zu eröffnen ist. Das heißt weiter: *Landsleute bilden Landsleute aus.* 

Wer diese Chance freiwillig wahrnimmt, Führungskraft zu werden, für den verlängert sich die Dienstzeit von 18 auf 24 Monate. Dabei kann ab dem 19. Monat durchaus eine bessere Vergütung gewährt werden. 18 Monate reichen allerdings für eine berufliche Grundausbildung. Danach sollten auch hier geeignete und befähigte junge Menschen die Möglichkeit haben, ihre Dienstzeit auf 24 Monate zu verlängern. Das entspricht in etwa der Zeit einer Lehre. Und am Ende sollte eine vollwertige Gesellenprüfung mit Gesellenbrief stehen.

Dabei sind aber zwei Dinge zu beachten und ganz wichtig. Erstens muss die Ausbildung in der Muttersprache für einen Beruf in der Heimat stattfinden. Denn bis Afghanen oder Gambier oder Araber Deutsch gelernt haben, ist das halbe Leben vorbei. Sie sollen auch nicht irgendetwas lernen, sondern genau das, was in ihren Heimatländern gebraucht wird. Wirtschaft baut sich von unten nach oben auf, von der Landwirtschaft über Handwerk, kleine und mittlere Unternehmen bis zur Hochtechnik. Wo die Grundlagen fehlen, kann es auch keine Höherentwicklung geben.

Daher sollten nach der Grundausbildung durchaus Teile der Ausbildung auch in den Heimatländern durchgeführt werden.

Damit sind wir noch ein Stück tiefer in die operative Umsetzung vorgedrungen. Es bedarf **Verträge mit den Heimatstaaten**, die ein in sich schlüssiges

<sup>&</sup>lt;sup>228</sup> Handelsblatt, 30. 07. 2015, S. 48

Entwicklungskonzept vorsehen. Die Schweiz versucht derartiges beispielsweise mit Äthiopien. Sobald die Länder den Nutzen erkennen, dürften sie aufgeschlossen sein. Das wäre auch eine Gegenstrategie zur chinesischen Afrika-Kolonialisierung.

Auch die *Finanzierung* dürfte letztlich viel leichter zu schaffen sein, als die fast aussichtslose Integration in unsere Wirtschaft. Denn wie hat Olaf Scholz (SPD) richtig gesagt: "Arbeitsplätze, in die sie alsbald integrierbar wären, haben wir längst nach Bangladesch und andere Länder ausgelagert." Daher sind all die Sozialhilfekosten für Migranten teurer als ihr Friedensdienst. Hinzu kommt, dass die Entwicklungshilfe ebenfalls hier heranzuziehen ist.

Das geschieht heute schon. Denn die Versorgung von Flüchtlingen kann im ersten Jahr als Kosten in die Entwicklungshilfe eingerechnet werden. So wird derzeit die Hälfte der Entwicklungshilfe im Bundeshaushalt – klammheimlich – zur Finanzierung der Migranten eingesetzt. Zum dritten kann auch die geforderte Erhöhung des Wehretats auf 2 % des Bruttoinlandsprodukts teilweise dazu herangezogen werden. Wir haben also drei Geldquellen, nämlich (1.) Sozialausgaben für Flüchtlinge, (2.) Entwicklungshilfe und (3.) Verteidigungsausgaben, die im Friedensheer eingesetzt werden können. Denn wir haben hier eine neue Strategie der äußeren Sicherheit.

Wichtig ist, dass zum Aufbau in den Heimatländern auch unsere Wirtschaft mit Unternehmen aller Größenordnungen herangezogen wird. Das Friedensheer muss in den Heimatländern vorab die Voraussetzungen schaffen, dass die Firmen schnell dort Fuß fassen können und mit ausgebildeten, ehemaligen Friedensdienstlern die entsprechenden Fachkräfte zugeführt bekommen.

Hier kann auch gut mit der französischen oder britischen Wirtschaft und Regierung zusammengearbeitet werden. Denn diese haben in Afrika und im Vorderen Orient zum Teil lange Erfahrungen und Verbindungen. In vielen dortigen Ländern sind die Verkehrssprachen Englisch oder Französisch. Das wäre dann ein neuer Teil einer *gesamteuropäischen Friedenstrategie*.

Es wurde erwähnt, dass China inzwischen 1 Mio. Chinesen in Afrika und seiner Wirtschaft eingesetzt hat. Wir Europäer können mit unserer schrumpfenden Bevölkerung das nicht leisten. Doch wir können ein Heer von Afrikanern oder Orientalen ausbilden und gezielt zum Aufbau ihrer Realwirtschaft einsetzen. Das dürfte langfristig sogar besser ankommen als das chinesische Modell. Denn dieses kann leicht als Neokolonialismus verstanden werden. Ganz wichtig ist dabei, dass das Friedensheer *keinerlei Mission*, keine kulturelle, religiöse oder sonstige betreibt. Unsere Strategie heißt "*Friedliche Koexistenz der Kulturkreise*".

Ein großes strategisches Ziel ist dann: *Friedensheere überall!* Denn weltweit stecken viele, gerade arme, nicht vollentwickelte Länder große Finanzmittel in ihre Rüstung. Wenn sie davon wenigsten einen Teil in Friedensheere mit beruflichen Ausund Fortbildungen steckten, dann würde das ihnen und der Welt viel nützen.